beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona

ALiNa

Altonaer Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 13 · Winter / Frühjahr 2018

Im Heft:

Aus dem Bezirk:

- Moorburgtrasse statt Klimaschutz
- Starkes Ergebnis in Altona
- Über die Altonaer Fahrraddemo verschiedener Bürgerinitiativen

Wir erinnern:

- 100 Jahre Oktoberrevolution „Tage, die die Welt erschütterten“

Frauen:

- #metoo – Zur aktuellen Sexismus-Debatte

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION

„Tage, die die Welt erschütterten“

So nannte sich anlässlich 100 Jahre Oktoberevolution im vergangenen Oktober eine gutbesuchte Veranstaltung des „Altonaer Bildungsprogramms“, in Anlehnung an das bekannte Buch „10 Tage, die die Welt erschütterten“ des amerikanischen Journalisten und Zeitzeugen John Reed.

Dabei waren diese Tage weit weniger spektakulär, als es der spätere Film von Eisenstein glauben macht. Bei den Filmarbeiten wurden mehr Menschen verletzt als bei der Erstürmung des Winterpalastes im damaligen Petrograd. Die Macht lag quasi auf der Straße, und Lenin griff danach. Die bolschewistische Führung, Sinowjew, Kamenew, Stalin, Trotzki u.a. wurden von seinem Plan überrascht. Zunächst war allein Alexandra Kolontai dafür. Die Bolschewiki hatten mit Lenins Forderung „Frieden, Brot, Land“ schließlich auch von den kriegsmüden Bauern Zulauf erhalten, die 80% der Bevölkerung ausmachten. Und als die vom Führer der Provisorischen Regierung, dem liberalen Sozialrevolutionär Alexander Kerenski, veranlasste Offensive gegen die Deutschen scheiterte und die Bauern massenhaft in ihre Dörfer zurückkehrten, waren die Tage der Provisorischen Regierung gezählt. Mit den Sowjets, Arbeiter- und Soldatenräten und der Duma, dem Parlament, gab es seit der Februarrevolution 1917 zwei Machtzentren in Russland, die sich gegenseitig blockierten. In diese Lücke stieß Lenin mit seiner Forderung: „Alle Macht den Räten!“

Ende August hatte der Oberbefehlshaber der russischen Truppen, General Kornilow, einen Putsch gegen die Provisorische Regierung vorbereitet. Mit Hilfe der Bolschewiki waren die Putschisten in wenigen Tagen besiegt. Lenin schlug den Menschewiki (Sozialdemokraten) und den Sozialrevolutionären (Anarchisten und Liberale) vor, eine Regierung zu bilden, die sich allein auf die Sowjets stützen sollte. Doch diese lehnten ab.

Um die Entwicklung zu verstehen, die zur Absetzung des Zaren führte, muss man zurückgehen zum verlorenen Krimkrieg (1853-56), in dem die Rückständigkeit des Riesenreiches vor aller Welt zu Tage trat. Zar Alexander II verfügte deshalb gegen den Willen des Adels Reformen. Die wichtigste war die 1861 wirksam gewordene Abschaffung der Leibeigenschaft. Sie verbesserte aber nicht die Lage der meisten Bauern (22 Millionen), sondern verschlechterte sie teils. Das den Bauern zugeteilte Land war einerseits zu klein, und zum anderen mussten die Bauern über einen Zeitraum von 49 Jahren an den Staat die Entschädigungen zurückzahlen, die dieser den Grundbesitzern gewährt hatte. Mit anderen Worten, zur Zeit der ersten Revolution 1905 zahlten die Bauern immer noch. Drückte sie vorher die Leibeigenschaft, waren es nach der Revolution die Schulden. Viele Bauern nahmen in der Stadt eine Lohnarbeit an, behielten aber ihr Land. So entstanden stabile Beziehungen zwischen Bauernschaft und Arbeiterklasse.

Der Bolschewik, Ölgemälde von Boris Kustodijew (1920).

Die nachfolgenden Zaren zogen die Schrauben wieder an. 1905 zogen 150.000 Arbeiter und Bauern friedlich mit einer Petition für den 8-Stunden-Tag zum Winterpalast. Noch glaubten viele an Väterchen Zar. Der Petersburger Blutsonntag mit hunderten Toten und tausenden Verletzten durch die Schüsse der Garde des Zaren zerriss das Band zwischen Volk und Zar endgültig. Der entschädigte Landadel verspielte das Kapital lieber in Baden-Baden, als in die heimische Industrie zu investieren. Die Menschewiki warfen den Bolschewiki vor, unmarxistisch zu handeln: man könne den Kapitalismus nicht überspringen, Russland sei nicht reif für den Sozialismus. Aber was sollte man machen, wenn die Bourgeoisie ihre Aufgabe, die bürgerliche Revolution, nicht annahm. Das genau war die Situation im Februar 1917. Der Zar notierte am Morgen nach seiner Absetzung in sein Tagebuch, er habe wunderbar geschlafen. Vermutlich war er selbst erleichtert, mit alledem nichts mehr zu tun zu haben. Dem Proletariat wurde die führende Rolle von der Geschichte zugewiesen. Rosa Luxemburg sagte schon 1906 in einer Rede: „Das russische Proletariat hat sich trotz der tiefen Stufe, auf der es sich befindet, viel reifer gezeigt als das russische Bürgertum ... Wir stehen heute vor der Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat.“.

Die 1918 von der neuen Regierung aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären erlassenen ersten Dekrete inspirierten Millionen Menschen weltweit. Das Dekret über den Frieden, über Grund und Boden, das Dekret über die Selbstbestimmung der Völker, jederzeitige Abwählbarkeit aller Menschen in öffentlichen Funktionen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Scheidung auf Verlangen, gleiche Rechte für uneheliche Kinder, Straffreiheit und Möglichkeit der Eheschließung für Homosexuelle, legaler Schwangerschaftsabbruch und natürlich gleiche politische Rechte für alle Bürger. Die Welt der Arbeiterklasse war elektrisiert.

Man weiß, wie es weiterging, es begann mit Lenin und endete in Stalin. Der Russischen Revolution wurde keine Atempause ge-

währt. Russland verlor durch den Friedensvertag mit dem Deutschen Reich den größten Teil der Industrieproduktion und riesige Flächen des ursprünglichen Staatsgebietes. Die Konterrevolution stand bestbewaffnet mit diversen ausländischen Interventionsarmeen gegen die junge von Trotzki geführte Rote Armee im Land. Niemand glaubte an eine erfolgreiche Revolution in nur einem Land. Die Bolschewiki hofften und vertrauten fest darauf, die Russische Revolution würde sich zur weltweiten Revolution ausweiten, wenn erst die Arbeiterklassen der entwickelten Industrienationen, allen voran die deutschen Arbeiter, in ihren Ländern nach der politischen und sozialen Macht greifen würden. Dies geschah auch im November 1918 im ganzen Deutschen Reich. Doch die Arbeiter- und Soldatenräte ließen sich die Macht durch die Führer der Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften aus der Hand nehmen.

Nieder mit dem Adler, Ölgemälde von Ivan Vladimirov (1917).

Friedrich Engels schrieb in seiner Schrift über den „Deutschen Bauernkrieg“ (1850):

„Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun kann, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassengegensätze beruht ... Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun kann, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun soll, ist nicht durchzuführen. ...“ (MEW 7: 400/401)

35 Jahre später beantwortete er einen Im April 1885 an ihn gerichteten Brief der jungen russischen Revolutionärin Vera Sassulitsch. Darin ging er auf die „Lage in Russland“ ein:

„Die Revolution muß zu gegebener Zeit ausbrechen; sie kann jeden Tag ausbrechen. Unter diesen Umständen ist das Land wie eine geladene Mine, an die man nur noch die Lunte zu legen braucht ... Dies ist einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu machen, d.h. durch einen kleinen Anstoß ein ganzes System zu stürzen, dessen Gleichgewicht mehr als labil ist...und durch einen an sich unbedeutenden Akt Explosivkräfte freizusetzen, die dann nicht mehr zu zähmen sind.“ (MEW 36: 304)[3]

Seine Worte beschreiben sehr gut die Explosivkräfte im Jahre 1917 in Russland. Man liest oft, im Februar hätten die Menschewiki die Mehrheit in den Sowjets gehabt, und im Oktober die Bolschewiki. Das stimmt zwar, ist aber ein Zerrbild. In der Mehrheit waren es nicht Parteien bzw. Fraktionen, sondern die parteilosen Massen, die die Delegierten in die Sowjets entsendeten. Und der gleiche delegierte Arbeiter, der noch im Februar mit den Menschewiki stimmte, entschied im Oktober für Positionen der Bolschewiki. Doch tausendjährige Konditionierung hat die Massen darin geprägt, Macht abzugeben statt sie selbst auszuüben. So auch in der frühen SU. Die Sowjets wurden von den Bolschewiki nicht gezwungen, alle Macht in ihre Hände zu legen. „Alle Macht den Räten“ war keine hohle Phrase Lenins. Langsam erst entglitt dem lockeren Griff der Sowjets schließlich die ganze Macht und gelang in die Hände des stalinistischen Apparates.

Heinz-Dieter Lechte

Inhaltsverzeichnis:

100 Jahre Oktoberrevolution	Seite 2	Mietenwahnsinn!	Seite 12
Moorburgtrasse statt Klimaschutz	Seite 4	Stellungnahme des Altonaer Manifests zur Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“	Seite 13
Wir fordern: Reine! Luft!	Seite 6	Kampagnenbus „Free Öcalan“ in Hamburg	Seite 14
Starkes Ergebnis in Altona für die Linkspartei	Seite 7	Altonaer Fahrraddemo am 21.10.17	Seite 16
#metoo - Zur aktuellen Sexismus Debatte	Seite 8	Altonaer Manifest hält die Auftaktrede	Seite 17
Warum haben Frauen solange geschwiegen?	Seite 9	HSH Nordbank: Der Minus-Rekord	Seite 18
AG Frauen gegründet	Seite 10	Koloniol- un Fettwoorn	Seite 20
Presseerklärung zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen	Seite 10	An de Eck steiht ‘n Jung ..., an de Eck steiht ‘n Deern ...	Seite 22
Gespräch mit der Tanzlehrerin Valentina Holz	Seite 11	Bücherkiste Links	Seite 23

Moorburgtrasse statt Klimaschutz?

Will der Senat den Volksentscheid unterlaufen?

Was war?

Am 22.9.2013 entschied eine Mehrheit der Hamburger*innen gegen den erbitterten Widerstand von SPD, CDU, FDP, Handelskammer, Unternehmerverbänden und Medien: Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Der gesetzlich bindende Volksentscheid (VE) wurde von über 50 außerparlamentarischen Organisationen in Hamburg getragen und von den GRÜNEN und der LINKEN unterstützt. Der Scholz-Senat schloss nach dem VE mit Vattenfall einen Vertrag ab, nach dem das Fernwärmenetz (zu dem auch die wichtigsten Heizwerke gehören) 2019 von der Stadt gekauft werden kann (die sog. Kaufoption). Es wurde ein Mindestpreis von 950 Mio. € vereinbart.

Was ist?

Das über 50 Jahre alte, störanfällige Heizkraftwerk (HKW) in Wedel versorgt den Hamburger Westen mit Fernwärme. Es setzt große Mengen CO2, Schwermetalle, Feinstaub usw. frei. Ein Ersatz des Kohle-Heizkraftwerks ist allgemeiner Konsens. Dazu hat die grün geführte Behörde für Umwelt und Energie (BUE) verschiedene Varianten entwickelt. Ihr Favorit ist die sogenannte Nord-Süd-Variante:

Schon jetzt stinkt vielen die Luft rund um das Kohlekraftwerk in Wedel. Foto und Retusche: Birger Gente

Moorburgtrasse durch die Hintertür

Eine neu zu bauende Trasse unter der Elbe liefert Wärme aus dem Süderelbebereich ins Fernwärmenetz und öffnet so Vattenfall und seinem Kohlekraftwerk Moorburg durch die Hintertür den Zugang in das lukrative Fernwärmenetz Hamburgs. Zwar soll die Wärme vornehmlich aus der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR) bereitgestellt werden, doch versorgt diese mit seiner Abwärme bereits die naheliegenden Ölwerke Schindler. Diese Versorgung soll künftig vom HKW Moorburg gewährleistet werden. Damit wäre das Steinkohlekraftwerk, das bisher Strom und nur sehr wenig Wärme verkaufen kann, über Jahre hinweg profitabel. Ein Ausstieg aus der Kohleenergie – wie im Volksentscheid vorgesehen – wäre damit auf lange Sicht nicht absehbar.

Klimaziele in Gefahr.

In der Nord-Süd-Variante plant die BUE außerdem eine große Wärmepumpe am Auflauf des Klärwerks Dradenau und große Solaranlagen auf Spülfeldern. Um daraus jedoch die nötige Netzvorlauftemperatur für Fernwärme zu erreichen, bräuchte es große Mengen zusätzlicher Wärme. Diese wird nicht ohne den Einsatz weiterer fossiler Brennstoffträger bereitgestellt werden. Sollte sich herausstellen, dass die so erzeugte Wärme nicht wirtschaftlich ist – wofür viel spricht – dann stünde als Ersatz das Kohlekraftwerk Moorburg zur Verfügung. Die Wärme aus Moorburg wäre keineswegs nur Abwärme, die ohnehin entsteht. Es müsste in großem Umfang zusätzlich Steinkohle verbrannt werden, wodurch die CO2-Emissionen beträchtlich steigen würden. Die Klimaschutzziele des Senats (50% Reduktion bis 2030 und 80% bis 2050 gegenüber 1990) können so auf keinen Fall erreicht werden. Und: Die absehbar lange Planungs- und Bauzeit der Trasse mit zu erwartenden Klagen und zivilgesellschaftlichem Widerstand würden das alte HKW Wedel mindestens vier Jahre länger laufen lassen als nötig – mit großen Emissionen: CO2, Schwermetalle, Feinstaub usw.

Wenn die Temperaturen weltweit steigen, nimmt die Zerstörungskraft der Stürme zu. Hier ein illustrierter Super-Sturm mit dystopischen Ausmaßen über einer Großstadt vergleichbar

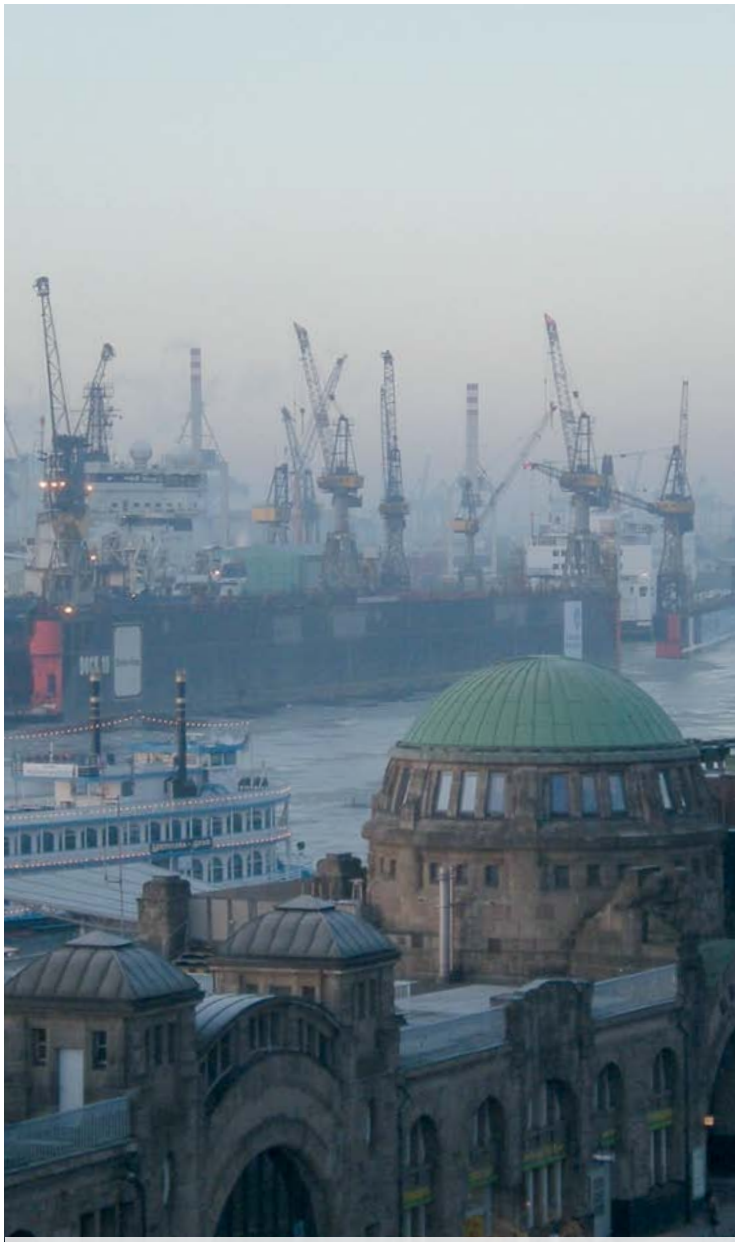
Großes Interesse an dieser Lösung hat natürlich der Vattenfall-Konzern, noch Besitzer des Fernwärmenetzes. Neben den Gewinnen aus dem Verkauf der Steinkohlewärme hätte der Konzern bei Versorgung des Fernwärmenetzes Anspruch auf etwa 200 Mio. KWK-Förderung – und gewissermaßen eine Bestandsgarantie für Jahrzehnte.

Wer zahlt?

Die Baukosten einer Moorburgtrasse von mindestens 150 Mio. € würde Vattenfall Wärme Hamburg (VWH) tragen, was den Ertragswert des Unternehmen aber stark schmälern würde. Für den Rückkauf wird 2018 der Wert des Unternehmens ermittelt. Liegt dieser Wert deutlich unter dem Mindestpreiskaufpreis von 950 Mio. €, könnte der Senat den Rückkauf des Fernwärmenetzes mit folgender Begründung ablehnen: Die Landeshaushaltsordnung verlangt von uns einen sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln, deshalb dürfen wir den Volksentscheid nicht umsetzen. Diese Drohung kam 2014 vom SPD-Senat in einer Antwort auf eine Anfrage des grünen Abgeordneten Kerstan. Im Dezember 2016 argumentierte ebendieser, mittlerweile Senator der BUE, nun genauso.

Was soll sein?

Es gibt Alternativen! Die Nord-Variante ist kostengünstiger, klimaverträglicher und schneller zu realisieren. Gasbetriebene Großmotoren, die Wärme und Strom bereitstellen, können schnell realisiert und durch die KWK-Förderung finanziert werden. Sie können um 2030 nach und nach auf Wasserstoff umgestellt werden, der mit Hilfe von Windstrom erzeugt wird. Bereits heute werden Windkraftanlagen zeitweise abgestellt, weil der Strom nicht genutzt werden kann. Anlagen zur Nutzung von biogenen Abfallstoffen, die von der Stadtreinigung Hamburg geplant werden, können einen weiteren wesentlichen Beitrag leisten. Ein HKW, das mit Stroh oder Restholz betrieben wird und großflächige Solaranlagen kämen hinzu. So können die Klimaziele für 2030 erfüllt werden.



Neben der ohnehin schon immensen Schadstoffbelastung durch Container-Schiffe im Hafen, Industrie und Autoverkehr, soll nun auch noch das Kohleraftwerk in Wedel über Jahre weiter die schlechte Atemlust belasten. Foto: Wikimedia/Franzfoto

Die Nord-Süd-Variante verhindern – Volksentscheid umsetzen

1. Die hohen zu erwartenden CO2-Emissionen widersprechen dem Volksentscheid, Satz 2 („klimaverträgliche ... Energieversorgung“).
2. Der Ausbau erneuerbarer Wärme wäre für Jahre weitgehend blockiert, weil Steinkohlewärme das Netz verstopft.
3. Vattenfall wird die Kosten für die Trasse auf die Verbraucher*innen umlegen. Das widerspricht ebenfalls dem Volksentscheid, Satz 2 („sozial gerechte ... Energieversorgung“).
4. Der Rückkauf des Fernwärmenetzes und damit die Umsetzung des Volksentscheids ist akut gefährdet.
5. Die profitable Existenz des Steinkohlekraftwerks in Moorburg wäre über viele Jahre gesichert. Der Senat, federführend die BUE, würde mit den geplanten Maßnahmen direkt die Interessen des Vattenfallkonzerns durchsetzen.

Das ist zu verhindern!

Gilbert Siegler

mit Hamburg – bringt uns der Klimawandel, begünstigt durch Massentierhaltung und den Verbrauch fossiler Brennstoffe wie Kohle, eine solch düstere Zukunft? Foto: pixabay

Wir fordern: Reine! Luft!

Informations- und Diskussionsveranstaltung zu den Belastungen durch die hohe Luftverschmutzung in Altona, zu Ursachen und möglichen Lösungen mit Manfred Braasch (BUND), Malte Siegert (NABU) u.a.

Moderation: Norbert Hackbusch (MdHB, DIE LINKE Altona). Mit Kinderbetreuung.

Der "Luftreinhalteplan" für Hamburg hat es noch einmal verdeutlicht: Das Gebiet in der westlichen Innenstadt, insbesondere um die Kieler Straße, Stresemannstraße und Max-Brauer-Allee, ist durch Luftverschmutzung extrem hoch belastet. Die geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der Abgaswerte sind kümmerlich.

Auf unserer Informations- und Diskussionsveranstaltung werden NABU und BUND darstellen, wie sich die Luft im inneren Bereich der Stadt verändert hat und welche gesundheitlichen Gefahren durch Stickoxide und Feinstaub drohen. Das Start-up breeze stellt ein günstiges Messverfahren vor, das die Belastung vor Ort präzise feststellen kann.

Wir sammeln Vorschläge und diskutieren Forderungen zur Verbesserung der Situation – von den großen Fragestellungen zum allgemeinen Straßenverkehr und zur hohen Luftbelastung durch den Hafen bis hin zu konkreten Lösungsideen für die innere Stadt und die belasteten Straßen.

Luftmeßstation in der Max-Brauer-Alle in direkter Nähe zum Gymnasium Allee. Foto: Birger Gente

Starkes Ergebnis in Altona für die Linkspartei

Am 24.9. fand die letzte Bundestagswahl statt, wir holten unser zweitbestes Ergebnis bundesweit. Jedoch waren andere Ergebnisse für uns Altonaer besonders erfreulich. Mit 12,2 Prozent der Zweitstimmen konnten wir in Hamburg endlich ein zweites Mandat erlangen und freuen uns, dass uns Zaklin Nastic und Fabio de Masi im Bundestag vertreten werden und für soziale Politik und Frieden stehen. Die 12,2 Prozent waren eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2013. Dies ist für uns ein Beweis dafür, dass wir die richtige Politik betreiben, ob in Sachen der HSH Nordbank oder des G20-Gipfels, um nur zwei Themen zu nennen.

Es gab allerdings eine weitere Tatsache, die uns noch mehr gefreut hat: In Altona konnten wir um 4,9 Prozent zulegen, wodurch wir jetzt bei über 15,7 Prozent stehen. Dieses Ergebnis ist natürlich sehr erfreulich, auch wenn wir weiterhin für noch mehr Zustimmung kämpfen. Das Ergebnis ist vor allem den vielen freiwilligen WahlhelferInnen zu verdanken, die teilweise Tag und Nacht im Wahlkampf waren, den sehr interessanten Veranstaltungen, der sehr guten Bezirkspolitik über viele Jahre und unserem Direktkandidaten Robert Jarowoy (10,2 Prozent der Erststimmen, ein Plus von 3,4 Prozent). Ein weiteres Dankeschön geht natürlich auch an alle WählerInnen, die unsere Politik zu schätzen wissen.

Hervorheben kann man allerdings auch in Altona noch ein paar Ergebnisse: In den gesamten Elbvororten konnten wir über 5 Prozent erreichen, was in traditionell gutbürgerlichen und konservativen Stadtteilen für eine Partei, die für eine echte Sozialpolitik steht, ein sehr gutes Ergebnis darstellt. In Othmarschen konnten wir uns von 4,6 Prozent, auf 9,1 Prozent verbessern, was fast eine Verdoppelung unseres letzten Ergebnisses ist. Das sehr gute Ergebnis in den Elbvororten lässt sich sicherlich damit erklären, dass wir mit Jan van Aken die letzten acht Jahre einen entschiedenen Friedenspolitiker hatten, der das Verbot der Waffenexporte als Thema in die Medien gebracht hat.

Unser Wahlkampfbus machte an vielen Stellen im Bezirk Altona „Info-Station“. Foto: DIE LINKE.

Die meiste Zustimmung konnten wir letztendlich allerdings nicht im Westen des Bezirks erreichen. In den Stadtteilen Altona-Altstadt **(27,9 %)**, Sternschanze **(34,9 %)**, Altona-Nord **(29,1 %)**, Ottensen **(25,0 %)** und Bahrenfeld **(20, 1 %)**, konnten wir jeweils über 20 Prozent erreichen und legten teilweise um über 10 Prozent zu. Sicherlich auch der grausamen G20-Politik geschuldet und der Tatsache, dass wir beispielsweise entschieden gegen den Radweg am Elbstrand und gegen die Verlegung des Bahnhof Altonas gekämpft haben und es weiterhin auch tun. Und viele Altonaerinnen und Altonaer haben erfahren, dass die Linksfraktion in der Altonaer Bezirksversammlung an ihrer Seite steht, wenn sie gegen Missstände, für bessere Wohn- und Lebensbedingungen im Bezirk und für mehr Entscheidungsmacht kämpfen.

Das Ergebnis hat uns bestätigt, dass wir für die richtigen Ziele kämpfen. Es hat uns motiviert, weiter die Politik für und (möglichst mit) dem Großteil der Bevölkerung zu machen und nicht für die oberen 10 Prozent. Friedenspolitik als wichtiges Ziel, sollte auch weiterhin als ein zentrales Thema einer linken Partei verstanden werden.

Niclas Krukenberg

„Info-Station“ in Blankenese. Foto: Marlit Klaus

Unerwartete, aber kreative Wahlkampfhilfe aus Partei oder von AnwohnerInnen aus Altona. Auch sie trug sicher zum guten Ergebnis bei. Foto: Dörte Schmidt-Reichard

#metoo – Zur aktuellen Sexismus-Debatte

Ich bin wütend. Wütend, über die mediale Berichterstattung zur aktuellen Sexismus-Debatte. Bereits 2016 schrieb ich für den Internet-Blog kleinerdrei.org einen Artikel über den blinden Fleck der deutschen Medien beim Thema Sexismus. Damals thematisierte ich die Berichterstattung zur Silvesternacht in Köln. Sexismus und sexualisierte Gewalt wurden als ein Problem „der Anderen", der „Nicht-Weißen", der „Nicht-Deutschen" abgetan. Das war nicht nur hochgradig rassistisch, sondern lenkte vom eigentlichen Problem ab: dem strukturellen Sexismus, der alle etwas angeht.

Sexismus und sexualisierte Gewalt für viele Betroffene Frauen leider Alltag. Foto: Dragana_Gordic / Freepik

Seit den ersten Vorwürfen gegen Harvey Weinstein debattiert die Öffentlichkeit wieder das Thema Sexismus: nachdem zunächst immer mehr Schauspielerinnen in der Öffentlichkeit von ihren erschreckenden Erlebnissen mit Weinstein berichteten, äußerten sich unter #metoo Millionen von Frauen über ihre Erfahrungen mit sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Die Erkenntnis: Fast jede Frau hat in ihrem Leben schon einmal solche Erfahrungen machen müssen.

©www.gewaltgegenfrauen.bremen.de

Wir müssen Sexismus endlich nachhaltig bekämpfen!

Diese Erkenntnis könnte nun als Startpunkt für nachhaltige Veränderungen in unserer Gesellschaft dienen. Frauen sollte ein sicherer Raum für ihre Schilderungen geboten werden und Männer sollten kritisch reflektieren, wie sie sich tagtäglich Frauen gegenüber verhalten. Natürlich gibt es auch Männer, die sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt erfahren haben. Das ist indiskutabel. Vom strukturellen Sexismus sind sie als Opfer allerdings nicht betroffen: Sie werden im Alltag nicht auf ihren Körper reduziert oder – wie viele Frauen – am Arbeitsplatz nicht ernst genommen.

An Stelle einer nachhaltigen Veränderung verschiebt sich die Diskussion nun. Dies war bereits 2013, als Frauen unter dem Hashtag #Aufschrei ihre Erfahrungen mit Sexismus im Alltag schilderten, der Fall. Damals wie heute wird der angeprangerte Sexismus abgetan und belächelt. Einige Seiten werfen Frauen vor, keine Komplimente annehmen zu können und Männer dadurch zu verunsichern. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: sexuelle Belästigung sind keine Komplimente. Und Männer, die vorgeben, den Unterschied zwischen Belästigung und Flirten nicht einschätzen zu können, sollten sich selbst fragen, was bei ihnen eigentlich falsch läuft.

Kritik an Sexismus darf nicht mehr abgetan werden

Teile der medialen Berichterstattung verfehlen das Thema Sexismus wieder einmal gänzlich. Die Bild-Zeitung fragte diese Woche „Wird Hollywood jetzt keusch?" und der Berliner Kurier titelte „Was Mann darf". Diese Wortwahl und Thematiken verschieben den Fokus. Jegliche Kritik an sexistischen Verhaltensweisen wird als „keusch" oder verklemmt abgetan. Der Berliner Kurier stellt Männer wieder einmal als Opfer, die in ihren Handlungsweisen eingeschränkt werden, dar. Männer sind nicht die Opfer wenn es um Sexismus geht, sondern meist die Täter. Frauen wollen nicht mehr belästigt und auf ihr Geschlecht reduziert werden. Es geht um Respekt. Und Frauen den gleichen Respekt entgegenzubringen degradiert Männer nicht zu Opfern, sondern ermöglicht uns allen ein gleichberechtigtes Leben.

Wann immer Sexismus medial thematisiert wird, nennen einige Zeitungen das Thema nicht beim Namen und verwenden anstelle von sexualisierter Gewalt Phrasen wie „Sexskandal". Doch Sexuelle Belästigung, sexualisierte Gewalt oder Vergewaltigungen haben mit Sex oder einem Sexskandal nichts zu tun. Sex bedeutet immer auch Konsens und der ist bei sexueller Gewalt niemals gegeben. Diese Wortwahl verklärt die Diskussion und verharmlost die Täter und ihre Taten. Die Internetplattform PINKSTINKS hat als Reaktion die Petition „Stoppt die Verharmlosung von sexualisierter Gewalt" ins Leben gerufen, um auf dieses Problem der Medien aufmerksam zu machen.

Sexualisierte Gewalt sollte beim Namen genannt und öffentlich diskutiert werden. Nur so ermöglichen wir eine nachhaltige Veränderung überhaupt erst. Warum einige Medien es nicht schaffen, Sexismus angemessen aufzubereiten, ist mir schleierhaft. Es wäre ein wichtiger Schritt in Richtung einer gleichberechtigten Gesellschaft. Ich möchte nicht mehr sagen #metoo, sondern: wir ändern das jetzt!

Laura Gerken
(frauenseiten-bremen/blog)

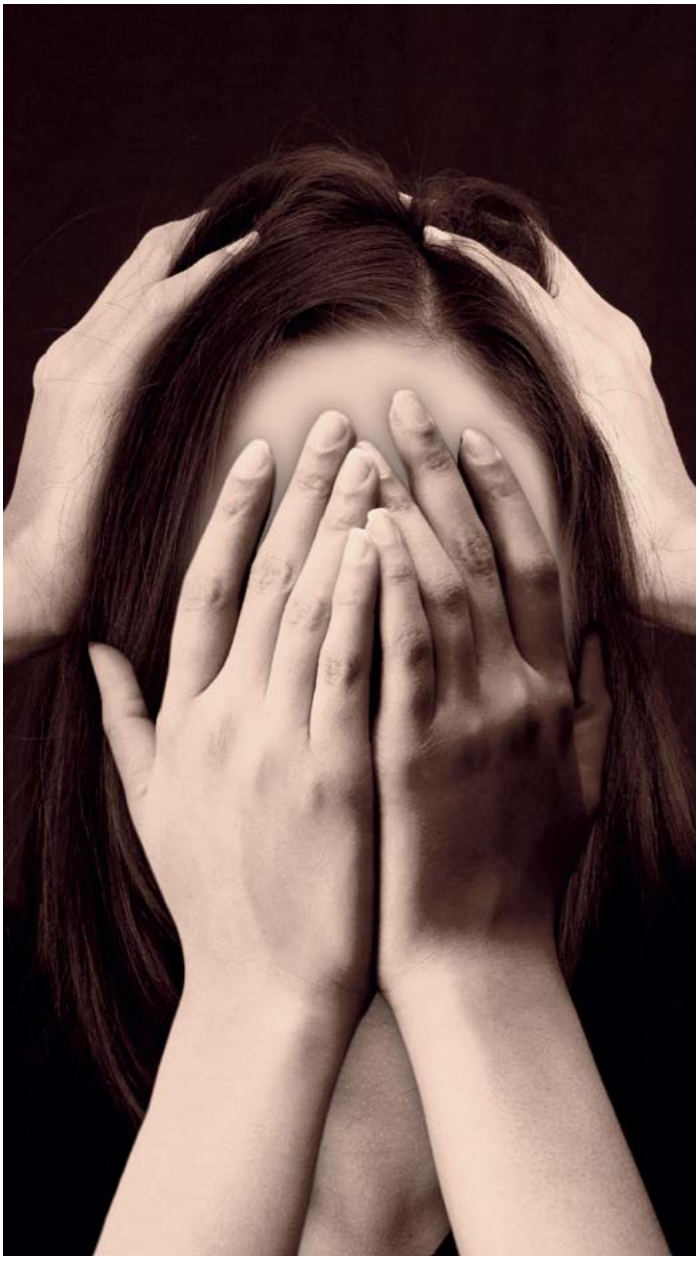
Warum haben Frauen solange geschwiegen?

Frauen fühlen sich durch die Kampagne „#metoo“ ermutigt, ihre Erlebnisse zu schildern, über die sie zumindest öffentlich bisher geschwiegen haben. Wie kommt es, dass Frauen so lange, teilweise Jahrzehnte geschwiegen haben?

Als junge Frau arbeitete ich als Laborantin bei der Firma rotring. Direkt nach meiner Einstellung kam ich in die Abteilung Anwendungstechnik und saß mit zwei Männern in einem Büro. Es verging keine Stunde, ohne dass der eine dieser Männer schlüpfrige, anzügliche Bemerkungen machte, er bedrängte mich und fand es total lustig, mich unterm Tisch mit seinen Beinen, Füßen oder anderen Gegenständen zu berühren. Ich war ziemlich geschockt, und jeden Morgen ging ich mit Beklemmungen zur Arbeit. Wenn unsere Auseinandersetzung zu heftig wurde, meinte der andere Kollege, sein Kollege solle sich mal zurücknehmen, was aber nur ca. eine Stunde hielt. Alle Vorgesetzten waren Männer! (Wobei Frausein nicht automatisch vor Frauenfeindlichkeit schützt.) Wenn ich mich beschwerte, gab es entweder ein kumpaneihaftes Grinsen oder mir wurde vorgehalten, ich solle mich nicht so anstellen, könne wohl keinen Spaß verstehen, und man gab mir zu verstehen, dass ich mich noch in der Probezeit befand. Ich wurde also noch beschämt dafür, dass ich mich sexuell belästigt fühlte. Das war natürlich auch für andere Frauen ein Signal, in einer ähnlichen Situation lieber zu schweigen, die Übergriffe geheim zu halten. Es war eben kein Flirten auf Augenhöhe, sondern das Ausnutzen einer Machtsituation, mich als Frau zu erniedrigen. Da werden Menschen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit diskriminiert, werden darauf reduziert und zum Objekt gemacht. Diese Demütigung vergisst frau nicht, sie gräbt sich in die Seele ein und kann sich dann Jahrzehnte später – angestoßen durch die Veröffentlichung der Erlebnisse anderer Frauen – entladen.

Nach meiner Probezeit konnte ich dann zum Glück die Abteilung verlassen und ins Labor wechseln.

Marlit Klaus



„Nein heißt Nein!“ – So bereits die klare Aussage der Partei beim Frauenplenum auf dem Magdeburger Parteitag im Mai 2016. Foto: DIE LINKE.

Wer wir sind und was wir wollen

Einige Frauen des Bezirksverbandes Altona der LINKEN haben eine Arbeitsgruppe Frauen gegründet und haben dazu ein Selbstverständnispapierchen geschrieben:

Die AG Frauen ist eine Arbeitsgruppe der LINKEN in Altona, die sich für die Gleichberechtigung der Frau einsetzt. Frauendiskriminierung, Gewalt gegen Frauen, Sexismus und Machismo tritt sie entschieden entgegen. Sie diskutiert frauenpolitische Themen und möchte dafür sorgen, dass diese Themen in der ALiNa, an Infotischen, auf Veranstaltungen präsenter sind als in der Vergangenheit. Sie möchte neue Frauen für die Partei/ den Bezirk gewinnen und sie möchte die Genossinnen stärken und zum Eingreifen in Debatten und zur Übernahme von Ämtern und Mandaten ermutigen.

Wir kämpfen gegen patriarchale Strukturen, Mackertum und männliche Vorherrschaft – auch innerhalb unserer Partei. Dafür wollen wir auch die Männer sensibilisieren und gewinnen. Emanzipation heißt auch, aus den anerzogenen und tradierten Rollen herauszutreten; daran müssen sowohl die Männer als auch die Frauen arbeiten. Mit unseren Genossen, Freunden und Kollegen wollen wir gemeinsam für eine emanzipatorische, demokratische, solidarische, sozialistische Gesellschaft kämpfen. Frauenemanzipation kommt allen zugute!

Die AG Frauen tritt auch mit anderen frauenpolitischen Gruppen in Verbindung und versucht mit ihnen gemeinsame Aktionen zu organisieren. Neben aktuellen frauenpolitischen Themen wollen wir uns über Schulungen weitere Hintergrundinformationen und historische Aspekte aneignen. Wichtig ist uns auch ein ständiger Austausch mit LISA und dem Frauenplenum des Landesverbandes der LINKEN Hamburg.

Große Beteiligung bei der Demo am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen in der Hamburger Innenstadt. Foto: Marlit Klaus

Zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

PRESSEERKLÄRUNG

der Frauen AG des Bezirksverbandes DIE LINKE ALTONA

KEINE MEHR!

Unter diesem Motto weisen viele internationale Kampagnen auf ein in Deutschland noch wenig öffentlich diskutiertes Thema hin: FEMIZIDE (Frauenmorde). Dabei scheint der Umgang mit der Polizeilichen Kriminalstatistik, die das BKA jährlich herausgibt, schon eine Wissenschaft für sich zu sein. Im Jahr 2016 haben demnach 369 versuchte oder vollendete Tötungen von Frauen in Partnerschaften stattgefunden, bei denen 158 starben. Die Frauenhäuser sprechen aber von 376 Delikten, wovon 165 tödlich ausgingen. Grund für diesen Unterschied ist die Definition, was ein Frauenmord innerhalb einer Partnerschaft ist, denn wir müssen jede einzelne Frau mitzählen, auch die, die an den Folgen der Körperverletzungen oder Brandstiftungen durch ihre (Ex)Partner ums Leben gekommen sind. Es erscheint uns wichtig, ähnlich wie es in Argentinien, Mexiko oder Italien bereits geschehen ist, das Thema in das Bewusstsein der breiten Bevölkerung zu bringen.

Denn Gewalt an Frauen ist leider keine Randerscheinung. Noch immer erfährt mindestens jede vierte Frau in Deutschland Gewalt - oft in einer Partnerschaft oder Ehe. Dabei betrifft es Frauen aus allen Schichten, sozioökonomischen Hintergründen und auch jeden Alters. Gewalt ist immer ein Zeichen von ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, welche sich ohne weitere Kämpfe nicht einfach beseitigen lassen.

2016 fanden 649 Frauen und 556 Kinder Schutz in den autonomen Hamburger Frauenhäusern. Sehr viele mussten aber auch in andere Bundesländer weitervermittelt werden. Das zeigt den immer noch großen Bedarf und die nicht ausreichende Abdeckung mit freien Plätzen. Deswegen muss es eine zentrale Forderung bleiben, dass alle betroffenen Frauen ohne große bürokratische Hürden ausreichend Zugang zu Schutz- und Beratungsangeboten erhalten - auch jene, die noch weniger im Fokus stehen, wie z.B. ältere Frauen und Frauen mit sogenannten Behinderungen. Dazu gehört, dass diese Einrichtungen weiterhin ausreichende Finanzierungen erhalten.

Die AG Frauen des Bezirksverbandes Altona der LINKEN hat, anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November, auf die beiden Demonstrationen, die an diesem Tag stattfanden, hingewiesen.

Gespräch mit der Tanzlehrerin Valentina Holz

Valentina Holz lernte ich im September diesen letzten Jahres auf einem Stadtteilfest in Osdorf kennen. Ich sah einige Tanzeinlagen der Kinder und war fasziniert. Auch der liebevolle Umgang der Tanzlehrerin mit den Kindern und ihren Eltern begeisterten mich. Ich fragte sie deshalb, ob es möglich wäre, dass sie mit den Kindern zur Wahlabschlussveranstaltung der LINKEN, die vor dem Altonaer Bahnhof in Ottensen stattfand, kommen könnte. Sie sagte sofort zu. 25 Kinder führten dann in Ottensen verschiedene Tanzformationen in wunderschönen bunten Kostümen auf. Das umstehende Publikum war begeistert.

„Mein Traum ist Kindern kostenlosen Tanzunterricht geben zu können. In der Sowjetunion brauchten meine Eltern nichts für meine Ausbildung zu bezahlen, sie hätten es sich auch gar nicht leisten können“

Valentina Holz wurde als Tanzlehrerin in der Ukraine ausgebildet, wobei das Tanzdiplom in Deutschland nicht anerkannt wurde. Sie musste eine dreijährige tanzpädagogische Ausbildung in Hamburg nachholen. Vor 17 Jahren begann sie als Honorarkraft, Kindern ab dem dritten Lebensjahr Tanzunterricht zu geben, und tut es heute noch! „Seit ich denken kann war mein Traum tanzen, tanzen, tanzen“. Sie nimmt mit ihrem Mann regelmäßig an Tanzturnieren teil. Zurzeit nehmen ca. 50 Kinder ab dem dritten Lebensjahr mindestens zweimal in der Woche Tanzunterricht . Sie bietet den Kindern alle Arten von Tanz an: Walzer, Folklore, Modernes, Kindertänze und Klassische Tänze!

Die meisten Eltern können sich die Tanzkostüme nicht leisten. Deshalb näht Valentina Holz die Kostüme selbst. Auch die Tanzschuhe werden von ihr finanziert und gehören somit der Tanzschule. Manchmal erhält sie kleine Spenden z.B. von der SAGA oder für die Stoffe von „Borner Runde“ im Bürgerhaus Osdorfer Born.

Eltern zahlen an den Sportverein des Bürgerhauses Osdorfer Born 18,50 €, Eltern mit wenig Einkommen zahlen 8,50 €, was für Eltern mit geringem Einkommen noch sehr viel ist, insbesondere, wenn es mehrere ihrer Kinder betrifft.In der Kulturgemeinschaft ihres Wohnortes, Tornesch, zahlen die Eltern monatlich 3,50 €. Valentina Holz würde gerne näher an ihrem Arbeitsplatz wohnen, aber die Mieten sind in der Stadt unbezahlbar. Deshalb ist sie mit ihrer Familie aufs Land gezogen und musste feststellen, dass es dort in den Schulen auch einen Mangel an Lehrern gibt. Sie sagte, die Kinder werden nicht gleich behandelt, mancher Schulstoff werde nicht bearbeitet, besonders treffe es Mädchen. Sie kämen mit Konfliktsituationen anders und noch schlechter zu Recht als die Jungen.

Großer Spaß für die kleinen DarstellerInnen und das Publikum. Foto: Marlit Klaus

Diese kleinen TänzerInnen konnten auch durch die ausgefallenen Kostüme überzeugen. Foto: Marlit Klaus

Als ich ihr von einer Unterhaltung einer Gruppe Jugendlicher ausländischer Herkunft erzählte, die sich untereinander damit brüsteten, Rassisten zu sein, einer meinte sogar, er sei Nazi, erwähnte sie, dass sie selbst damit konfrontiert gewesen sei, und dass es vor allem am Elternhaus und an den Schulen liege. Gerade in den Randbezirksschulen gebe es zu wenig Aufklärung zu dieser Thematik. Wichtig sind Deutschkurse, sagt sie, wie sie im Bürgerhaus Osdorfer Born für Kinder und Erwachsene vieler Nationen angeboten werden. Ihre letzte Sätze waren: „ Kultur ist wichtig, Ein Miteinander in der Gruppe ist ein Muss“!

In Kultur wird zu wenig investiert, sie gehört zur Entwicklung des Kindes! Die Schule versagt, die Eltern auch! Höfliche Umgangsformen sind scheinbar aus der Mode gekommen. Für ältere Menschen wird im Bus nicht mehr aufgestanden. Vielleicht weil man hinter den Handys die wirkliche Welt nicht mehr sieht. Das Verständnis für einander fehlt“

Das Gespräch führte Blanca Merz

Mietenwahnsinn!

„Der Kiez wird unbezahlbar“, schreibt die Mopo in ihrer Ausgabe am 8. Januar 2018. Eine Kaltmiete von 18,31 € müssten NeumieterInnen durchschnittlich für eine Wohnung hinblättern. Wohnungen würden aufwendig saniert und dann zu Wahnsinnspreisen auf den sogn. Markt geschmissen. Ein Beispiel: Am Hans-Albers-Platz koste eine Vier-Zimmer-Wohnung mit 88 qm - für z.B. eine Familie mit 2 Kindern - bei Erstbezug nach Sanierung 1650 € kalt! Der Kiez steht da nicht allein, auch in anderen Stadtteilen boomen die Preise! In Ottensen ist schon seit längerem diese Tendenz: Bei Erstbezug wird für investorengebaute Wohnungen 17 – 18 € Kaltmiete gefordert.

WER KANN DAS BEZAHLEN?

Gleichzeitig suchen HamburgerInnen händeringend eine für sie bezahlbare Wohnung. In Hamburg fehlen massenweise Wohnungen für Normal- und GeringverdienerInnen. Das ganze trotz Bau-Boom.

Überraschung während der Altonaer Bezirksversammlung. Ein Wunschzettel des Altonaer Manifests wird von den Zuschauerplätzen heruntergelassen. Foto: Regine Christiansen

Wie kann das angehen? Dabei haben uns die PolitikerInnen von SPD, GRÜNEN, CDU, FDP versprochen: Je mehr Wohnungen gebaut würden, umso mehr entspanne sich der „Markt“.

Ottensen: An allen Ecken wird saniert und gebaut. Bei einem Erstbezug nach Sanierung oder Neubau sind 17-18 € Kaltmiete keine Seltenheit. Noch vor wenigen Jahren hätte niemand gedacht, das wir in Hamburg, jenseits der Hafencity unter „Münchner Verhältnissen“ zu leiden haben. Foto: Birger Gente

Das Gegenteil ist der Fall! Das liegt daran, dass es keine sozial gerechte Stadtentwicklung gibt, sondern der „Markt“ den Profitinteressen der InvestorInnen bzw. SpekulantInnen überlassen wird und Sozialwohnungen kaum noch gebaut werden. Dabei wirbt der Hamburger Senat mit dem Slogan der „wachsenden Stadt“ um Nachzug von finanzkräftigen NeuhamburgerInnen. Gleichzeitig fallen jährlich Tausende von Wohnungen aus der Mietpreisbindung, während sich die sog. Mietpreisbremse als Mietpreisbeschleuniger entpuppt.

Was passiert:
Spitzenverdienende ziehen nach Hamburg, zahlen jeden Miet- und Kaufpreis, forcieren dadurch die Gier der SpekulantInnen nach noch teureren Luxuswohnungen; und Normal- und Geringverdienende - oft Alteingesessene - werden an den Stadtrand oder aus der Stadt gedrängt. Das verändert die Sozialstruktur und die Kultur eines Stadtteils. Diese Gentrifizierung ist nicht naturgegeben. Sie ließe sich bei einer sozial gerechten Stadtentwicklung durch den Hamburger Senat verhindern! Aber das ist nicht gewollt.

Es muss wieder in großem Umfang kommunalen und genossenschaftlichen gemeinnützigen Wohnungsbau geben! Wir brauchen eine Mietpreisdeckelung bei ca. 8,00 € für normale Mietwohnungen. Bauen muss sich an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientieren und nicht an den Gewinninteressen der InvestorInnen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Es müssen so lange nur noch Sozialwohnungen gebaut werden, bis alle Anspruchsberechtigten die Chance haben, eine geförderte Wohnung zu bekommen. Mietpreisbindungen müssen unbegrenzt sein, und die Stadt muss ausgelaufene Mietpreisbindungen zurückkaufen.

Überhaupt muss ausschließlich die Stadt wieder selber Sozialwohnungen bauen statt SpekulantInnen zu fördern, die welche bauen. Eine Nachverdichtung in den schon dicht besiedelten Stadtteilen muss unterbleiben, da sie die Lebensbedingungen immens verschlechtert. (Zunehmender Autoverkehr, schlechtere Luft, Verschattung, Windkanäle, Enge .. und natürlich bei investorenorientiertem Bauen: Gentrifizierung). Dieser Zustand veranlasst u.a. das Altonaer Manifest* im Jahr 2018 erneut eine Kampagne für eine sozial gerechte Stadtentwicklung zu führen. Dazu soll es auch Veranstaltungen und wieder eine Fahrraddemo geben.

Marlit Klaus

***Das Altonaer Manifest ist ein Zusammenschluss von 43 Initiativen und 409 Einzelpersonen und kämpft für eine sozial gerechte Stadtentwicklung**

Stellungnahme des Altonaer Manifests

zur Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ des Nabu

Wir begrüßen, dass der Nabu mit seiner Volksinitiative Hamburgs Grün erhalten möchte. Natürlich sind wir auch der Meinung, dass Hamburgs Grünflächen nicht zugebaut werden dürfen, dass Grün die Lunge der Stadt ist, Bäume erhalten werden müssen und die Menschen in der Stadt fußläufig Naherholungsgebiete brauchen. **Aber eine Forderung, die so allein steht, greift viel zu kurz!**

Die Forderung ist schwammig und rechtlich unverbindlich formuliert, so dass sie den Hamburger Senat zu nichts verpflichtet. Den Unterschreibenden dagegen wird suggeriert, dass bei einem gewonnen Volksentscheid keine Grünflächen mehr zugebaut werden dürften. Wer das Hamburger Grün schützen möchte, gerät bei dieser Volksinitiative in ein Dilemma: Stimmt man der Volksinitiative nicht zu, wird der Senat dies als Zustimmung zu seiner Politik des Vernichtens von Grünflächen werten. Stimmt man dem Text des Nabu dagegen zu, heißt das in der Logik des Senats: Wenn nicht die Grünflächen verbaut werden sollen, dann wird eben innerstädtisch noch mehr verdichtet, aufgestockt, jede Lücke gefüllt, Innenhöfe bebaut, wie es derzeit in Ottensen (Otte 60) und in Bahrenfeld (Bahrio 68) geschieht bzw. geplant ist.

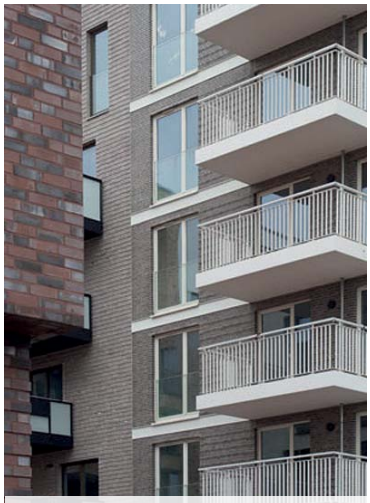
Das darf nicht die Alternative sein!

Eine Nachverdichtung insbesondere in schon dichtbesiedelten Stadtteilen wie Ottensen, Altona-Altstadt, Schanzenviertel usw. verschlechtert die Lebensqualität für die in ihnen wohnende Bevölkerung immens.

- **Autoverkehr, Lärm, Luftverschmutzung, Enge nehmen zu**
- **Straßenzüge, Plätze, Innenhöfe werden verschattet durch höhere Bebauung entsteht häufig ein Windkanal (s. Große Bergstraße) • laute und zugige Straßen und Plätze verschlechtern die Aufenthaltsqualität**
- **zu dichte Besiedelung, Enge durch zu viele Menschen auf den Straßen und Plätzen machen Menschen aggressiv**
- **Expertinnen, die sich mit der Klimaveränderung beschäftigen, warnen wegen des in Zukunft heißeren und feuchteren Klimas, nicht zu eng zu bauen, damit eine gute Belüftung zwischen den Häusern stattfinden kann. Städteplanung muss langfristig bedacht werden.**

Schon in der Weimarer Republik war klar, dass Enge, wenig Sonne und schlechte Belüftung, Menschen krank machen. Deswegen forderte die ArbeiterInnenbewegung Sonne, Licht und Luft in der Architektur. Erinnert sei dabei an den Architekten und Stadtplaner Gustav Oelsner, der

Wohnungsbau in der Weimarer Republik: Immer großzügig, nicht zu hoch, mit viel Grün und viel Licht. Hier die Steenkampsiedlung. Foto: Birger Gente



Verdichtung. Foto: Altonaer Manifest

von 1924 bis 1933 Bausenator von Altona war. Er stand für einen licht- und sonnendurchfluteten kommunalen Wohnungsbau. Unter seiner Mitwirkung entstand ein Generalsiedlungs- und Grüngürtelplan für Altona. So sind der Elbuferwanderweg wie auch die Erhaltung der großen Parks in den Elbvororten für die Allgemeinheit u.a. auf seine Initiative zurückzuführen. All diese Erkenntnisse und städtebaulichen Errungenschaften werden heute durch den Hamburger Senat wieder über Bord geworfen.

Wir können der Volksinitiative nicht zustimmen, weil das Ergebnis genau dem widerspricht, wofür das Altonaer Manifest steht: eine sozial gerechte Stadtentwicklung. Egal ob Zustimmung oder nicht, in beiden Fällen wird der Hamburger Senat die innerstädtischen Stadtteile weiter nachverdichten.

Warum muss überhaupt nachverdichtet werden? Mit dem Slogan „Hamburg als wachsende Stadt“ wirbt der Hamburger Senat um finanzkräftigen Nachzug. Diese Politik des Hamburger Senats ist infrage zu stellen und Konzepte für die Stadt und auch für den ländlichen Raum sind zu entwickeln. Hamburg kann nicht unbegrenzt erweitert und verdichtet werden, wenn wir nicht solche Verhältnisse wie in den Millionenstädten mancher internationaler Metropolen mit Wolkenkratzern und Slums, Verkehrskollaps und Atemmasken haben möchten. Gleichzeitig wird der ländliche Raum entvölkert, Infrastruktur bricht weg, Bahn- und Busverkehr werden stark eingeschränkt oder ganz stillgelegt, so dass dort durch zunehmend schwierige Lebensbedingungen wiederum ein Sog auf die Städte entsteht.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen werden in Hamburg fast nur Luxuswohnungen gebaut. Der sog. „Drittelmix“ (30% Sozialwohnungen) kommt kaum noch zur Anwendung – und wenn, dann nur als „soziale Zwischennutzung“ für 15 Jahre.

STADT GEHT AUCH ANDERS!!!

Es gibt Alternativen, z.B.:

- **Umzüge in kleinere Wohnungen könnten gefördert und bezuschusst werden, um große Wohnungen für Familien mit Kindern frei zu machen**
- **Das Messegelände könnte verlegt werden und die größtenteils ungenutzten Gebäude abgerissen werden. Zusammen mit dem ohnehin in Auflösung begriffenen Fleischgroßmarkt würde eine riesige Fläche für Wohnungsbau gewonnen (sinnvoller Vorschlag der Architektenkammer)**
- **Wir brauchen gemeinnützigen Wohnungsbau mit unbegrenzter Sozialbindung durch die Stadt Hamburg und andere gemeinnützige Träger. WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT! Die Bereitstellung kostengünstiger Wohnungen gehört zur Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand. Sie kann nicht privaten Investoren überlassen werden.**

Kampagnenbus „Free Öcalan“ in Hamburg

Am 30. und 31. Oktober 2017 war der Kampagnen-Bus „Freiheit für Öcalan und alle politischen Gefangenen in der Türkei“ in Hamburg. Am 30. 10. gab es abends eine Veranstaltung an der ehemaligen HWP mit der Delegation dieser Kampagne, dem Völkerrechtler Norman Paech und Faysal Sariyildiz, Abgeordneter der HDP (Demokratische Partei der Völker). Im Juni 2015 erhielt sie 13,1 % - bei den Neuwahlen 10,8 % - der Wählerstimmen und kamen als Oppositionspartei ins Parlament, inzwischen befinden sich viele der Abgeordneten in Haft. Sie informierten über die Kampagne, die Situation in der Türkei und des Gefangenen Öcalan; Norman Paech berichtete von seinen Gesprächen mit Öcalan Ende der 90er Jahre. Am nächsten Tag fanden an den Landungsbrücken eine Kundgebung und die Verabschiedung des Busses statt, der noch weitere 15 Tage europäische Städte besuchen wird. An den Landungsbrücken hatte ich Gelegenheit mit Peter, einem Teilnehmer der Bus-Delegation zu sprechen.

ALiNa: Kannst Du mal genauer erklären, was Ihr mit dieser Kampagne erreichen wollt.

Peter: Die Kampagne heißt: Es ist an der Zeit! Wir fahren mit einem Bus mit Fotos von Öcalan und einem Schriftzug: „Die Bibliothek Öcalans, Freiheit für Öcalan und alle politischen Gefangenen in der Türkei.“ Die Idee ist, die Schriften Öcalans, die in verschiedene Sprachen übersetzt wurden, bekannt zu machen.

Interessierte und Demonstranten warten auf den Kampgnenbus. Foto: Marlit Klaus

ALiNa: wie sieht das konkret aus?

Peter: Wir fahren 33 Städte in acht Ländern Europas an, dort machen wir Stände und verteilen die Broschüren und Bücher Öcalans kostenlos, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen ... Wir wollen auch auf die Situation Öcalans hinweisen, der sich auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft befindet und zu dem es seit über 400 Tagen keinen Kontakt, weder von Anwältinnen noch von seiner Familie mehr gibt. ... Öcalan ist nicht nur ein politischer Gefangener für uns und der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, er ist auch ein großer Philosoph für uns. ...er schreibt über Quantenphysik, über das Universum, die Menschheit, über den Sinn des Lebens und schreibt darüber, wie wir ein demokratisches Leben führen können, in dem die Frau befreit ist ...

Die Schriften von Öcalan gab es kostenlos in vielen Sprachen. Foto: Marlit Klaus

ALiNa: Durch welche Länder seid ihr gefahren und was habt Ihr für Erfahrungen gemacht?

Peter: Am 9. Oktober sind wir in Straßburg gestartet, dann über Stuttgart, nach Österreich, in die Schweiz, nach Frankreich und Belgien gefahren – dort in Antwerpen gab es einen schweren Angriff von türkischen Faschisten auf den Bus, deswegen mussten wir erstmal nach Deutschland zurück, um den Bus auszutauschen.

Einmal an einer Tankstelle, trafen wir auf einen Bus aus Spanien, in dem fast nur Frauen aus Katalonien saßen. Von unserer Delegation wurden dann Grüße an die die katalonische Unabhängigkeitsbewegung geschickt und dann haben wir uns ausgetauscht. Wir hatten auch Broschüren auf Spanisch dabei, über die Befreiung der Frau, und das ist auf sehr große Begeisterung gestoßen. Einmal haben wir in Lier, einer belgischen Stadt, gerade unseren Stand aufgebaut, da kamen wir mit einer Frau auf Englisch ins Gespräch u.a. auch über die Befreiung von Rakka, und dann hat sie erzählt, dass sie aus Syrien stammt und sich sehr über die Befreiung gefreut hat. Natürlich gibt es auch uninteressierte Leute, oder welche, die keine Lust haben, zu diskutieren, aber eigentlich haben wir eine ganz positive Resonanz.

Neben vielen Informationen aus interessanten Gesprächen, gab es auch Musik mit Tanzeinlagen. Foto: Marlit Klaus

ALiNa: Wie haben sich denn die Leute zusammengefunden, die diese Kampagne durchführen?

Peter: Die Kampagne geht aus von der Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“, sie organisiert auch die Übersetzung der Schriften Öcalans in die verschiedenen Sprachen. Sie arbeitet seit Jahren daran, über die Situation von Öcalan und über Kurdistan zu informieren. Es wurde gefragt, wer Lust und Zeit hat, die Bustour zu begleiten. Es sind Leute dabei aus Deutschland, Uruguay, Frankreich, Italien, manche sind die ganze Zeit dabei, manche nur einen Teil der Strecke, sowohl internationalistische Freundinnen als auch kurdische Aktivistinnen, bunt gemischt, jüngere und ältere. Im Moment sind wir im Bus ca. 20 Leute. Ich selber habe von dem Bus gehört und fand die Aktion wichtig, und da ich mehrere Sprachen spreche, habe ich gedacht, dass es ja wichtig ist, dass wir vor Ort mit den Menschen sprechen können …

ALiNa: Fällt dir noch ein wichtiger Aspekt ein?

Peter: Ja, was ich noch für wichtig halte: Wir müssen Vorurteile überwinden, die es gegenüber Öcalan gibt, auch bei fortschrittlichen Intellektuellen oder auch innerhalb der Linken, er sei eben Terrorist (wie von den bürgerlichen Medien seit Jahren verkündet, Anm. ALiNa), … er bezieht sich in seinen Schriften auf Denker wie Marx, Foucault etc. und versucht sie für die heutige Situation zu erweitern. Wir lesen gern die Denker aus Europa, aber wenig aus anderen Ländern. Deswegen ist es gut, erstmal die Schriften zu lesen und danach zu beurteilen, was er für ein Mensch ist. … Zu wenige wissen, was er zur Demokratisierung beigetragen hat, welche Vorschläge er für die Befreiung der Menschen macht.

ALiNa: haben diese Denkanstöße etwas mit dem Scheitern des sogn. realen Sozialismus zu tun?

Peter: Ja, genau. –Es gibt eine ganz spannende Rede von Öcalan vom Mai 1995, glaube ich, da spricht er davon, dass man das Modell weiterentwickeln, demokratisieren muss, dass man sich lösen sollte vom Nationalstaat als Modell und Mittel der Befreiung der Unterdrückten. Das entwickelt er dann in seinen Schriften aus dem Gefängnis noch weiter. Öcalan und überhaupt die PKK ist eine Bewegung, die sehr viel mit Kritik und Selbstkritik arbeitet und sich sehr stark weiterentwickelt und daher auch nicht stagniert. Gerade diejenigen, die nach Freiheit streben, sollten sich vielleicht angucken, was sie davon für sich spannend finden würden.

ALiNa: Und es gibt ja inzwischen auch ein positives reales Beispiel, was noch viel bekannter werden sollte: Rojava.

Peter: Ja, genau! Das, was Öcalan zum Demokratischen Konförderalismus geschrieben hat, wird dort in die Praxis umgesetzt.

ALiNa: Peter, vielen Dank für das Gespräch. Alles Gute für die Weiterfahrt!

Das Gespräch mit Peter führte Marlit Klaus

Der Kampagnenbus rollt weiter. Wir wünschen gute Fahrt und gutes Gelingen. Foto: Marlit Klaus

Altonaer Fahrraddemo am 21.10.17

„*Stadt geht aus anders!*“ - so das Motto unserer Altonaer Fahrraddemo am 21.10.2017. Aufgerufen hatten die Initiativen Spritzenplatz bleibt, Elbstrand retten, Apfelbaum braucht Wurzelraum, OTTE60, Bahrio 68, Langenfelder Signal, Prellbock Altona und Anna Elbe, zusammen mit dem Netzwerk Altonaer Manifest. „Licht, Luft und Lebensqualität, für alle und bezahlbar! Stadtentwicklung muss von den Bewohner*innen bestimmt werden - Bürgerwille muss verbindlich sein!“ - dies waren unsere gemeinsamen Forderungen.

Nach einer kurzen Auftaktkundgebung am Spritzenplatz setzten sich 344 Radfahrer*innen in Bewegung. Mit Protestschildern, lautem Geklingel und einem Soundbike mit Musik fuhren wir durch Ottensen, Bahrenfeld und Altona. Ein Fernsehteam des NDR begleitete uns, der Bericht am Abend im Hamburg-Journal war ausgesprochen positiv. An den aktuellen Konfliktorten gab es Zwischenkundgebungen mit Redebeiträgen der jeweiligen Inis, so am Spritzenplatz, am Park über dem Elbstrand, im Kleingartengebiet Othmarscher Kirchenweg, am geplanten Bahnhofsgelände Diebsteich, an der sog. Neuen Mitte Altona und am Altonaer Bahnhof. Bei den Innenhöfen Hohenzollernring / Friedensallee (OTTE60) und Leverkusenstraße / Stresemannstraße (Bahrio 68) erlaubten wir uns Abweichungen von der genehmigten Demoroute und gingen in die im Privatbesitz befindlichen Höfe hinein. Die Polizei tolerierte es.

Die Stimmung während der Demo war gut. Viele lernten erstmals die Tatorte der baulichen und sozialen Stadtzerstörung kennen. „Ach, hier ist das!“ - so der häufige Kommentar. Der sinnliche Eindruck und die Infos der Inis vor Ort waren äußerst lehrreich. „Jetzt bin ich auch gegen die Bahnhofsverlegung“, sagte mein Nachbar zu mir, nachdem er die Trostlosigkeit des Diebsteichgeländes erstmals mit eigenen Augen gesehen hatte. Und die dicht gedrängten Neubauklötze in der Harkortstraße, in ihrer Architektur den hoch gestapelten Bierkästen der Holstenbrauerei nachempfunden, schockierten viele.

So diente die Demo auch der Information, dem gegenseitigen Kennenlernen und der Vernetzung der unterschiedlichen Inis. Bisher hatten viele vor allem für ihr eigenes Anliegen gekämpft, z.B. eine moderate Bebauung ihres Innenhofs mit bezahlbaren Wohnungen. Inzwischen wird immer deutlicher, dass wir gemeinsame Ziele haben und nur gemeinsam etwas erreichen können. Das Altonaer Manifest wurde vor vier Jahren gegründet als Netzwerk von mehr als 30 Initiativen und vielen Einzelpersonen (inzwischen rd. 400). Es organisiert Demos und Aktionen und leistet hervorragende Informationsarbeit über das baupolitische Geschehen und die Aktivitäten der Inis. Neu ist jetzt, dass sich auch bisher eher unpolitische, „bürgerliche“ Initiativen mit gemeinsamen Forderungen zusammengetan haben. Diesen Ansatz gilt es weiter zu entwickeln, auch über Altona hinaus. Die Baumafia bedroht die Stadt insgesamt. Um sie zu stoppen, bedarf es einer breiten Bewegung, die mehr Menschen als bisher auf die Straße bringt. Dafür ist Aufklärungsarbeit nötig. Es muss noch deutlicher werden, dass wir nicht für unsere Partialinteressen, sondern für eine sozial gerechte Stadtentwicklung kämpfen. Und dass diese auch möglich ist ohne grenzenlose Verdichtung. Das Motto „Stadt geht auch anders!“ muss inhaltlich gefüllt werden. Ein paar Ideen dazu wurden bei der Auftaktkundgebung geäußert (vgl. Kasten). Und wir werden - last not least - neue, kreative Aktionsformen brauchen, z.B. des zivilen Ungehorsams.

Einen kurzen Videoclip von unserer Fahrraddemo findet ihr hier: https://vimeo.com/240652430

Hannes (Otte 60/ Altonaer Manifest)

Das Altonaer Manifest hält die Auftaktrede zur Fahrraddemo

Überall in Hamburg wird gebaut, besonders rund um die Innenstadt. Angeblich für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Aber was passiert tatsächlich?

Der Scholz-Senat will Wohnungsbau um jeden Preis. Damit überlässt er die Stadtentwicklung der Bau- und Wohnungswirtschaft, die Verwaltung wird zum Vollstrecker von Investorenwünschen. Wenn die Investoren Extra-Wünsche haben, die im Gesetz nicht vorgesehen sind, kriegen sie eben eine Ausnahmegenehmigung. Zugleich wirbt die Marketing-Abteilung des Senats massiv für den Zuzug gut verdienender Bürger nach Hamburg. So werden die innenstadtnahen Stadtteile wie Altona immer mehr zugebaut mit teuren Luxuswohnungen. So steigen die Mieten immer weiter, jetzt sind wir schon bei 17,- € und mehr pro qm für Neuvermietungen. Und wenn die Bürgerinnen und Bürger sich einmischen, wenn sie mitbestimmen wollen und ein Bürgerbegehren starten, reißt der Senat die Sache an sich.

Die Hamburger Bürgerschaft hat Gesetze beschlossen über Bürgerentscheide und Bürgerbegehren. Der Senat aber hebelt die Anwendung dieser Gesetze aus, sobald es ihm nicht in den Kram passt. So geschehen bei den Plänen zur Bebauung von Altonas Kleingärten, so geschehen zuletzt in Bahrenfeld: Die AnwohnerInnen des Innenhofs Leverkusenstraße starteten ein Bürgerbegehren. Schon wenige Tage später wies der Senat den Bezirk an, trotzdem nach Investorenplänen zu bauen. So macht man die Demokratie kaputt.

Der Scholz-Senat betreibt eine Politik der baulichen und sozialen Stadtzerstörung, er handelt antisozial und antidemokratisch. Wohnen ist ein international anerkanntes Menschenrecht. Menschenrechte sind unveräußerlich. Aber Wohnungen werden in diesem Land tagtäglich veräußert, sie sind Handelsware und Spekulationsgut. Wie geht das zusammen? Wir brauchen städtischen Wohnungsbau, mit unbegrenzter Sozialbindung (die heute üblichen 15 Jahre Sozialbindung sind ein Witz!), wir brauchen Licht, Luft, Grünflächen und öffentliche Räume gerade in den dicht besiedelten, innenstadtnahen Gebieten, und wir brauchen Entscheidungsbefugnisse für die Bürger vor Ort. Stadt geht auch anders! Dafür demonstrieren wir heute.

So geht es nicht weiter.

Dass es auch anders geht, sieht man z.B. in Wien, wo ein Großteil der Wohnungen in städtischer Hand ist und günstig vermietet wird. In Hamburg werden immer noch SAGA-Wohnungen verkauft - an zahlungskräftige Mieter, die sie schon nach 8 Jahren beliebig weiterverkaufen dürfen. In Berlin kauft die Stadt privatisierte Wohnungen wieder zurück. Hamburg verkauft immer noch städtische Grundstücke an Privatinvestoren - auch das hat Berlin längst eingestellt. Man könnte Luxusmodernisierungen unterbinden durch Erlass von Veränderungssperren - auch das geschieht in Berlin. Man könnte leerstehenden Wohnraum beschlagnahmen und Gesetzesverstöße mit Bußgeldern ahnden. Man könnte städtische Zuschüsse geben für die Verlängerung auslaufender Sozialbindungen - das wäre weit billiger als Neubau. Man könnte den Abriss vergleichsweise günstiger Altbauten verbieten. Man könnte Umzüge in kleinere Wohnungen fördern und bezuschussen, damit große Wohnungen für Familien mit Kindern frei werden. In der Weimarer Republik gab es z.B. eine Wohnraumluxussteuer für Leute, die unmäßig viel Wohnraum verbrauchten. Man könnte den Ausbau von Dachgeschossen zu preisgünstigen Wohnungen fördern. Man könnte den ländlichen Raum so entwickeln und fördern, dass die Menschen auch dort leben und bleiben mögen. Usw. usf. Und natürlich könnte man auch Mieten begrenzen.

An verschiedenen „Tatorten“ auf der Strecke werden kurze Erklärungen gegeben. Fotos: Aus dem Video zur Altonaer Fahrraddemo des Altonaer Manifests im Herbst 2017.

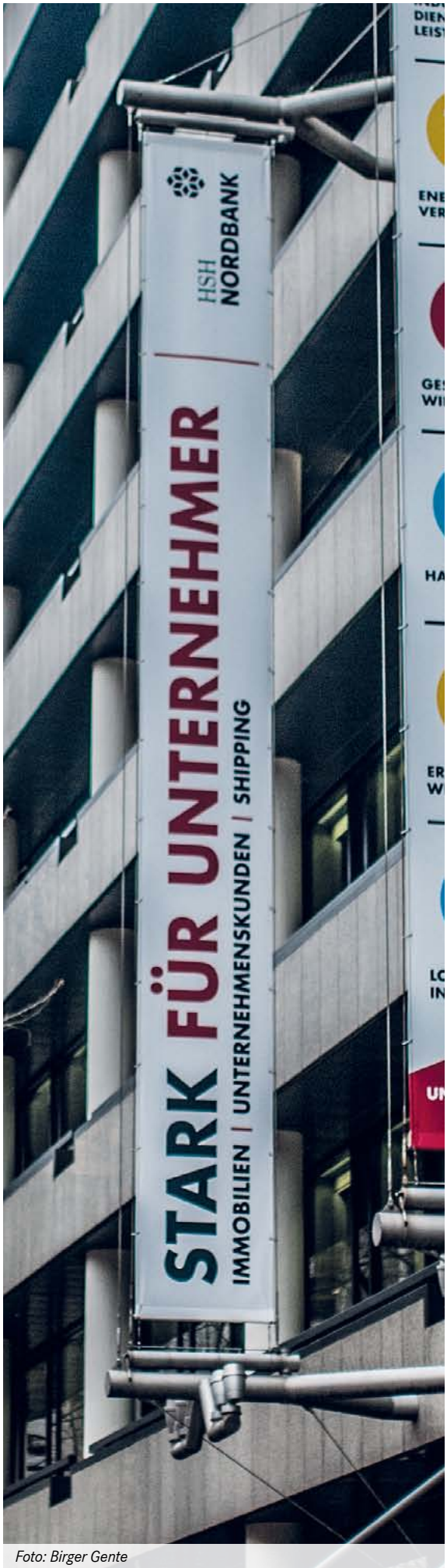


Foto: Birger Gente

Milliardengrab HSH Nordbank:
Der Minus-Rekord

Der größte Finanzskandal in der Geschichte Hamburgs ist nicht etwa die Elbphilharmonie. Sondern die HSH Nordbank. Geschätzte 27 Milliarden Euro kostet der Absturz der Bank die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Milliardenpleite ist auch ein Lehrstück über den Kapitalismus.

“Angeschlagene Pleitebank, mit Staatsgeldern notdürftig gerettet, billig abzugeben.” So oder ähnlich müsste eigentlich eine Annonce aussehen, in der die HSH Nordbank zum Kauf angeboten würde. Doch wer würde sich darauf melden? In dem Zustand, wie sie jetzt ist, würde sie niemand mehr geschenkt nehmen.

Die HSH Nordbank, einst hervorgegangen aus den stolzen Landesbanken Hamburgs und Schleswig-Holsteins, ist ein Trümmerhaufen. Große Teile ihres Vermögens haben sich - bedingt durch Finanzmarktcrashs und Schifffahrtskrisen - quasi in Luft aufgelöst. Seit fast 10 Jahren wird das Gebilde mehr oder weniger künstlich am Leben erhalten. Das Institut, das einst mit Geld nur so um sich warf, hängt am Tropf des Staates.Um das Kapitel irgendwie zu beenden und doch noch etwas Geld herauszuschlagen, muss die Bank nun verkauft werden.

Dafür wird sie wahrscheinlich zweigeteilt: in eine “Kernbank”, die alle Bestandteile der HSH enthält, die noch etwas wert sind. Und in eine “Abbaubank”. Ihr gehören die faulen Kredite, die Schrottpapiere. Alles, was niemand haben will. Welche dieser beiden Banken wird am Ende wohl einem solventen Investor gehören und für welche wird weiterhin der Staat haften, also wir alle?

Genau.

Gewinne privat abkassieren, Verluste auf die Allgemeinheit abladen: Anschaulicher als bei der HSH lässt sich das Prinzip des Kapitalismus kaum darstellen. Solange die Zeiten gut sind, verbitten sich die Bank-Chefs staatliche Eingriffe. Provisionen fließen, und die Manager bedienen sich mit Boni. Steckt der Karren aber im Dreck, wird nach dem Staat gerufen. Dann müssen wir alle für die Verluste aufkommen.

1. Was kostet uns der HSH-Skandal?

Gemessen an der Empörung, die das Elbphilharmonie-Debakel in Hamburg ausgelöst hat, ist es ganz schön still um die HSH Nordbank. Dabei ist der Schaden, den die Banker der Staatskasse bereits jetzt zugefügt haben, deutlich größer. Wie hoch er am Ende genau sein wird, ist schwer abzuschätzen, und der Finanzsenator tut alles, um das zu verschleiern. Denn es gibt gleich mehrere Lecks, die die HSH in der Staatskasse geschlagen hat, und sie sind unterschiedlich groß und unterschiedlich gut sichtbar. So hat die Stadt Hamburg der Bank im großen Stil Schrottkredite abgekauft. Wie genau sich deren Wert entwickelt, hängt von der Lage an den Finanzmärkten ab. Im Moment deutet alles darauf hin, dass sich ihr Wert gegen Null entwickelt. Ein zweites Leck sind die “Garantien”. Hamburg und Schleswig-Holstein haben erklärt, für mögliche Verluste der Bank aufzukommen. 10 Milliarden Euro wurden dafür bereitgestellt. Dazu kommen 3 Milliarden Euro Eigenkapital, die ebenfalls aus Steuermitteln bereitgestellt wurden. Doch das ist nicht alles. Gleich drei Gesellschaften wurden zur “Rettung” der HSH ins Leben gerufen, auch sie mit weiteren Geldern ausgestattet.

Ende August verkündete Finanzsenator Peter Tschentscher via “Bild”-Zeitung, dass “noch weitere 4 Milliarden Euro maximal” dazukommen - ohne diese Summe zu präzisieren. Nach Schätzungen von Experten werden sich die Kosten alles in allem wohl auf 27 Milliarden Euro summieren. Legt man den Preis von 789 Millionen für die Elbphilharmonie zugrunde, so hätte man dafür 34 Konzerthäuser bauen können! Doch von der HSH wird der Stadt Hamburg am Ende nicht einmal ein schönes Gebäude bleiben.

2. Wer trägt die Schuld an dem Debakel?

Im Jahr 2003 entstand die HSH Nordbank durch die Fusion der staatlichen Hamburgischen Landesbank mit der schleswig-holsteinischen Landesbank. Die Bundesländer hatten sich für eine schnelle Privatisierung entschieden. Für dieses Ziel ließen sie der HSH freie Hand für internationale Spekulationsgschäfte. Schon fünf Jahre später stand die Bank am Rande des Ruins und musste mit Staatsgeldern gerettet werden. Die Manager hatten z.B. Schiffskredite vergeben, deren Wert sich später quasi in Luft auflöste. Dennoch strichen sie noch auf dem Höhepunkt der Krise kräftige Bonus-Zahlungen ein. Und obwohl die Bank nachweislich in kriminelle Geschäfte und Steuerhinterziehung involviert war, wurden die hauptverantwortlichen ehemaligen Bankvorstände in einem aufsehenerregenden Prozess zunächst freigesprochen.

Dass so vieles noch im Dunklen liegt, hat seine Ursache auch darin, dass CDU, FDP, SPD und Grüne allesamt in das Debakel verstrickt sind. In Hamburg war für die Umwandlung in die "international aufgestellte Geschäftsbank HSH" seinerzeit vor allem Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) verantwortlich, der später Aufsichtsratsvorsitzender der HSH wurde. Die nachfolgenden, von CDU, Grünen und SPD gestellten Senate setzten den Kurs fort.

Anstatt die Bank, die nach dem Crash eigentlich nicht mehr zu retten war, geordnet pleitegehen zu lassen, hielten sie das sterbende Monster mit Steuermitteln künstlich am Leben und machten das Desaster dadurch noch größer. Dabei gingen sie immer wieder den Verheißungen der Manager auf den Leim, alles werde wieder gut. Daran hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert.

Foto: Birger Gente

3. Was läuft da eigentlich mit den Reedern?

Bis zum Hals steckt die HSH Nordbank im Schlamassel und scheint das Geld dennoch nur so zu verschenken. Im vergangenen Jahr erließ die HSH der Reederei H. Schuldt (Kortüm) Schulden in Höhe von 547 Millionen Euro (deren Chef gönnte sich kurz darauf privat übrigens eine neue Luxus-Segelyacht). Kürzlich erließ die HSH dann auch noch dem Unternehmen Schoeller Holdings 680 Millionen Euro. Dass Gläubiger angeschlagenen Unternehmen Teile ihrer Schulden erlassen, um sie zu retten, ist erst einmal nicht ungewöhnlich. Dass ein staatseigenes Unternehmen wie die HSH aber in großem Stil Steuermittel hergibt, stinkt zum Himmel. Vor allem der Deal mit Schoeller weckt ungute Erinnerungen.

Im Jahr 2008, auf dem Gipfel der HSH-Krise, hatte eben dieser Schoeller nämlich 100.000 Euro an die CDU gespendet (Erster Bürgermeister in der Periode war Ole von Beust, sein Finanzsenator bis Ende 2006 war Wolfgang Peiner, der ab Anfang 2007 als Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank fungierte. Zusätzlich war Peiner bis Ende 2006 Bundesschatzmeister der CDU). Zuvor hatte sein Unternehmen HSH-Kredite in dreistelliger Millionenhöhe erhalten - Kredite, die nun teilweise erlassen wurden. Dieser Sumpf aus Kumpanei, Intransparenz und gegenseitigem Erkenntlichzeigen muss endlich ans Licht.

DIE LINKE fordert hier einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit den nebulösen Vorgängen beschäftigt und endlich aufklärt. Es kann nicht sein, dass ausschließlich Steuerzahler_innen das Risiko aufgebürdet bekommen und die Zeche zahlen müssen!

Norbert Hackbusch
Finanzpolitischer Sprecher
der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE.

Koloniol- un Fettwoorn

Doar kann ick mi noch best op besinn´, as wi för dat Altnoer Museum op de Stroot demonstreern güngen gegen denn Ohlhuus-Senot mit sine Ploneree, dat Museum dicht to moken. Ick weet ok noch, wat ick de Kinners un Lüüd, de ümto stünn´, preestert heff, wat Altno wedder to Dänmark heurn schull, weg vun de reaktionärn Hamborger Pepersäcken hen to de jümmers glücklichen Dänen, de du in´n Telewischn bekieken kanns.

Man nu bün ick mit´n Mol vun min Gloov abfulln. Schullig doaran is weddermol de Suuperee. Ick drink geern Grog, sünnerlich wenn´t kold ward, mit Jamaika-Rum ut Flensborg. Bloots ward de nich doar destilleert, de kummt ut de Karibik, ward ut Zucker mookt un hett een sünnerlich Geschicht: To de Tied vör hunnertföftig Joarn weer Dänmark veel grötter, reek bit no de Elv dol. Flensborg weur as Altno und Wandsbek dänsch. Dänmark harr Kolonien, in dänsch Westindien, un de Kooplüüd hebbt gräsige Geschäfte mookt, Röveree un Slovenhannel, un sünd doarbi unverschomt riek worn. De Villen an de Elvschossee sünd ut Sloven-Guld opbuut. Un de Hamborger? Gläuvst du denn, de Pepersäcken leuten sick so´n Büüt ut de Näs gohn? Vun Altno no Hamborg weer´n dat man blots twee Treed över de Pepermöhlnbek. Un bi son Hannel is keen Verbreken to groot. Kanns bi Kuddl Marx nolesen.

tuscht gegen Sloven, doarmit sünd se dann no Dänsch-Westindien seilt, un ´n Drüttel weern all doot, as se ankämen. De Überbleven hebbt se dann rut ut dat Kaschott in de Plantogen pietscht to´n Zuckerrohr buurn. Mit Zucker un wat doar ans noch to holn wär, sünd se denn trüchseilt no Flensborg, Altno or Hamborg. Wat mi recht benaut, is, dat ick as olen Hamborger nix weet vun düssen Part vun uns Geschicht. Mit Frünn, Kollegen und Mackers to snacken, scheelt ok nix. Weet keeneen wat vun af. Mien eenzig Koloniol-Belefnis weer, as wi mit de Achunsößtigers den kolonioln Massenmörder Lettow-Vorbeck, no denn de Bundeswehr geern Kasern benömt, bi de Uni vun Denkmol stött hebbt. In de Geschichtsböker finns ok nich veel, un mit de Museen is ok nich veel anners. Doar is recht so´n Lock in uns Geschichtsschrieberee – kanns spekeleern, worüm dat so is.

Man nu schall dat anners warrn. In Flensborg hett Tafari-Ama, de vun Jamaica stammt un Kulturweetschop studeert hett, een Utstellung konzipeert „Blut, Schweiß und Tränen“, de sick mit den Dreeangelshannnel befoten deit. Un ok dat Altnoer Museum hett dat opgrepen: „Ahoobaa“ heet doar een Installatschon vun Joe Sam-Essandoh tohoop mit de Kuratorin Hannimari Jokinen. Un nu kümmt dat Allerbest: De Hamborger Senot hett een Forschungssteed inricht: „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ mit den Historiker Jürgen Zimmerer.

Sklavenhandel war im Deutschen Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918 noch Realität. Viele Villen an der Elbchaussee sind wohl tatsächlich mit Sklavengeld errichtet worden. Foto: Hamburger Hafen um 1900.

Wie is dat nu allns aflopen? Doar hett son Pepersack Vapen, Kattun, Köm un Warktüg op sien Schipp lodt un hett dat no Afrika seiln loten. Doar hett de Schipper allns intauscht gegen Sloven, doarmit sünd se dann no Dänsch-Westindien seilt, un ´n Drüttel weern all doot, as se ankämen. De Überbleven hebbt se dann rut ut dat Kaschott in de Plantogen pietscht to´n Zuckerrohr buurn. Mit Zucker un wat doar ans noch to holn wär, sünd se denn trüchseilt no Flensborg, Altno or Hamborg. Wat mi recht benaut, is, dat ick as olen Hamborger nix weet vun düssen Part vun uns Geschicht. Mit Frünn, Kollegen und Mackers to snacken, scheelt ok nix. Weet keeneen wat vun af. Mien eenzig Koloniol-Belefnis weer, as wi mit de Achunsößtigers den kolonioln Massenmörder Lettow-Vorbeck, no denn de Bundeswehr geern Kasern benömt, bi de Uni vun Denkmol stött hebbt. In de Geschichtsböker finns ok nich veel, un mit de Museen is ok nich veel anners. Doar is recht so´n Lock in uns Geschichtsschrieberee – kanns spekeleern, worüm dat so is.

Man nu schall dat anners warrn. In Flensborg hett Tafari-Ama, de vun Jamaica stammt un Kulturweetschop studeert hett, een Utstellung konzipeert „Blut, Schweiß und Tränen“, de sick mit den Dreeangelshannnel befoten deit. Un ok dat Altnoer Museum hett dat opgrepen: „Ahoobaa“ heet doar een Installatschon vun Joe Sam-Essandoh tohoop mit de Kuratorin Hannimari Jokinen. Un nu kümmt dat Allerbest: De Hamborger Senot hett een Forschungssteed inricht: „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ mit den Historiker Jürgen Zimmerer.

Mi dücht, dat dat opregen ward. Un ok, dat wi as Gewerkschafters dat nich alleen de Wetenschopers öberloten sullt, sünnerlich wie nu mit G 20 un „Merkel-Plan für Afrika“ son Oort nee kolonioln Anloop to´n Utplünnern vun Afriko ploont ward. Dat geiht akkrot ok uns an. Mi dücht ok, dat uns dat good ansteiht, mit to helpen, uns eegen Geschicht optoklorn un doarbi warschaun to leern, wat sick son´n Tostänn nich wedderholn doot.

Jan Thiem

Zur Person von Jan Thiem:

Meine Eltern zogen 1941 mit uns Kindern in Vorahnung des Kommenden – mein Geburtshaus im Kronskamp in Winterhude wurde 1943 von einer Bombe getroffen – nach Schnelsen. Schnelsen, das erst 1937 hamburgisch wurde, war zu der Zeit kleinbäuerlich geprägt. Die Umgangssprache mit Nachbarn und SpielgefährtInnen war Plattdeutsch. Mit meiner Einschulung 1942 musste ich meine erste Fremdsprache erlernen: Hochdeutsch! Das war nicht immer konfliktfrei. Die Nazipädagogik bevorzugte den Rohrstock! Nach Kriegsende errichteten die Engländer in unserer Nähe ein großes Lager, und meine Plattdeutsch-Kenntnisse vermittelten, mit Hilfe meiner Mutter, Begriffe wie: „bread“, „butter“ und „corned beef“. Vor allem aber „please“ erwies sich für die Tausch-Konservation als nützlich und später in der Schule, wo die Sprache der Angeln und Sachsen in der heutigen Fassung vermittelt wurde, umso mehr. Und dann im Beruf habe ich schneller Zugang zu den Menschen gefunden, wenn sie mich als Plattdeutschen erkannten. Heute ist das Plattdeutsche – nicht nur in der Arbeitswelt – weitgehend verschwunden und wird häufig als exotisch betrachtet. Auch wenn sich zahlreiche Vereine, Schauspielgruppen und Kirchenleute um den Erhalt des Plattdeutschen bemühen und die Sprache als UNESCO-Kulturerbe anerkannt ist.

Sprachen leben, in dem man sie benutzt. Also dann: “Snack mol wedder Platt“!

Kolonial- und Fettwaren – Die Satz für Satz Übersetzung

Da kann ich mich noch gut dran erinnern, als wir für das Altonaer Museum auf der Straße demonstrierten gegen den Ahlhaus-Senat mit seinem Plan, das Museum zu schließen. Ich weiß noch, was ich den Leuten die da unten standen erzählt habe, dass Altona wieder zu Dänemark soll, weg von den reaktionären Senatoren , hin zu den immer glücklichen Dänen, die du stets im Fernsehen sehen kannst.

Man, nun bin ich aber auf einmal von meinem Glauben abgefallen. Schuld daran ist wieder einmal die Sauferei. Ich trinke gern Grog, besonders wenn es draussen sehr kalt ist , mit Jamaika Rum aus Flensburg. Bloß wird er nicht da hergestellt, der kommt aus der Karibik, wird mit Zucker gemacht und hat seine besondere Geschichte. Vor einer Zeit vor 150 Jahren war Dänemark viel größer. Reichte von der Elbe zu Flensburg. Altona und Wandsbek waren dänisch. Dänemark hatte Kolonien in Dänisch Westindien, und die Kaufleute haben grausame Geschäfte gemacht. Räuberei und Sklavenhandel und sind dabei unverschämt reich geworden. Die Villen an der Elbchaussee sind auf Sklaven-Geld gebaut. Und die Hamburger? Glaubst du denn, die Senatoren und Kaufleute lassen sich solche Geschäfte aus der Nase gehen? Von Altona nach Hamburg waren es bloß zwei Strassen über den Pepermöhlnbek. Und bei so einem Handel ist kein Verbrechen zu groß. Kannst Du bei Marx nachlesen.

Foto: Birger Gente

Wie ist das alles nun abgelaufen? Da hat so ein Händler allerlei Waren auf sein Schiff geladen und hat es nach Afrika segeln lassen. Da hat der Schiffer alles eingetauscht gegen Sklaven. Mit denen ist er dann nach Dänisch-Westindien gesegelt. Ein Drittel waren dabei gestorben als sie ankamen. Die Überlebenden haben sie dann runter vom Schiff und in die Plantagen gebracht zum Zuckerrohr Anbau. Mit den Zucker und mit allem was es da noch zu holen war, sind sie dann direkt nach Flensburg, Altona oder Hamburg.

Foto: Birger Gente

Was ich nicht recht begreife, ist, das ich als alter Hamburger nichts weiß von diesen düsteren Teil unserer Geschichte. Mit Freunden, Kollegen und anderen Typen zu reden, brachte auch nichts. Da weiß keiner was von. Mein einziges koloniales Erlebnis war, als wir mit den 68igern den kolonialen Massenmörder Lettow-Vorbeck , nachdem die Bundeswehr gern Kasernen benannt hat, vor der Uni vom Denkmal gestoßen haben. In den Geschichtsbüchern findet man auch nicht viel, und mit den Museen ist es auch nicht viel anders. Da ist eine richtige Lücke in unserer Geschichtsschreibung. Man kann darüber spekulieren, warum das so ist.

Aber nun soll alles anders werden. In Flensburg hat Tafari-Ama, die aus Jamaika stammt und Kulturweltgeschichte studiert hat, eine Ausstellung konzipiert. „Blut, Schweiß und Tränen“ . Die sich mit dem Dreier Handel befassen tut. Und auch das Altonaer Museum hat das aufgegriffen. „Ahooobaa“ heißt dort eine Installation von Joe Sam-Essandoh, zusammen mit der Kuratorin Hannimari Jokinen. Und nun kommt das Allerbeste: Der Hamburger Senat hat eine Forschungsstätte eingerichtet: „Hamburgs (Post)koloniales Erbe“ mit dem Historiker Jürgen Zimmerer. Ich denke, dass das aufregend wird. Und auch, was wir als Gewerkschafter das nicht allein den Wissenschftlern überlassen sollten, wie neulich nun mit G 20 und den „Merkel-Plan für Afrika“ , so ein Ort, wo ein kolonialer Anlauf zum Ausplündern von Afrika geplant wird. Das geht aktuell auch uns an. Ich denke auch, dass es uns gut ansteht, mit zu helfen, unsere eigene Geschichte aufzuklären und dabei daraus zu lernen, das sich so ein Zustand nicht wiederholen tut.

Übersetzt von Fred Ruthart Stahnke

An de Eck steiht ‘n Jung ..., an de Eck steiht ‘n Deern ...

Dass die Jungs und Mädels in verdichteten Siedlungsräumen sich an einer Ecke zum Spielen und Klönen treffen, ist nichts Neues. Als der Kemal-Altun-Platz noch unbebaut war, traf man sich dort zum Reden und Rumsitzen. In den Kleinstädten Italiens trifft man sich zwischen 18 und 20 Uhr auf einem zentralen Platz. Man zeigt sich, sieht und wird gesehen und redet mit den anderen, und dann gehen die meisten nach Hause zum Essen. Und in dieser Zeit brummt der Platz. In ländlichen Regionen, in denen außer Landschaft nichts ist, treffen sich die Jungs und Deerns im Häuschen an der Bushaltestelle, meist mit Saufen und Barzen, aber natürlich auch mit viel Reden.

Der Alma-Wartenberg-Platz, hier am Tag, wird an lauen Abenden oft zum Treffpunkt für junge Leute zum sehen und gesehen werden. Foto: Punktional

Seit einigen Jahren treffen sich auch bei uns die eher jüngeren Leute abends auf dem Platz, zum Reden und zum Sehen und gesehen werden. Da trifft man alle möglichen Leute, die mal hier gewohnt haben, die mal hier zur Schule gegangen sind, und ein paar Freunde von der und dem, die extra hierher kommen, um zu sehen, gesehen zu werden und um zu reden.

Und da Alkohol in unseren Breiten als Massendroge etabliert ist, wird bei diesen Treffen auch getrunken, wovon die Supermärkte mit den ausufernden Alk-Abteilungen und den Öffnungszeiten bis 23h, die ansässigen Kneipen und der Kiosk am Platz profitieren.

Im Gegensatz zu den älteren Leuten und zu den Latte-macchiato-Müttern, die vormittags die Bäckereien und Cafés bevölkern und über dit und dat schnacken, tun das andere am Abend bis in die frühere oder spätere Nacht hinein auf dem Alma-Wartenberg-Platz. Für die jungen Leute von überall her, die die privatwirtschaftlich betriebenen Bildungseinrichtungen im ehemaligen Bahndirektionsgebäude besuchen, sind solche Orte Teil der Kultur, an die sie anknüpfen. Bei dem Schietwetter momentan ist auf den besagten Plätzen ja nicht so viel los, doch wenn der Himmel klar und die Nacht womöglich lau ist, dann wird es voll. Dann gibt es unter denen, die sich am Platz treffen, immer auch die, die gerade Geburtstag haben, worauf man einen trinkt, meist haben auch irgendwelche ein Smartphone mit Box dabei, die das ganze musikalisch umrahmen. Je nach Platzecke taucht man in unterschiedliche musikalische Rahmen ein. Und bei G20 gab es nicht nur Saufen gegen den Wahn, sondern das wurde mit Anlage und dicken Boxen zum „Cornern gegen G20“ definiert.

Sommers sind diese Plätze, diese Orte des Treffens, gestopft voll. Zum Besonderen des Alma-Wartenberg-Platz gehört, dass die Bahrenfelder Straße von den beidseitigen Bordsteinrändern her zum Teil des Platzes gemacht wird. Lange Beine ragen in das Straßenprofil, vereinzelt lagern Minigrüppchen um die Bordsteinkanten und sitzen demzufolge auch auf der Straße in den Bordsteinrinnen. Wenn ich an solch einem Tag abends oder spätabends von außerhalb in mein Viertel zurückkehre, und das womöglich mit einem Transporter, dann fahre ich schön vorsichtig, bis sich die Wegelagerer beiseite geräumt haben. Je nach mitgebrachtem Gemütszustand bin ich dabei etwas genervt oder sehe das gelassen. Die Busfahrer wissen um die Situation wie ich, und sie fahren langsam durch die Menschentrauben. Also, es geht da auch ein wenig um Erproben der autofreien Stadt.

Einige direkt zum Platz hin wohnende Menschen sind wegen des Lärms in den Schönwetterzeiten immer mal wieder oder auch häufiger genervt. Zeitweilig waren die Betreiber des Kiosk an allem Schuld, der bis 23h geöffnete penny-Markt wurde völlig ausgeblendet. Die auch aus dem Viertel stammenden KioskbetreiberInnen haben auf ihre Kunden eingewirkt, haben Papierkörbe aufgehängt und den AnwohnerInnen ihre Mobilnummer gegeben, damit diese im Fall von zu viel Lärm direkt im Laden anrufen können. Weil seit Jahren am Rande des Platzes ein Pinkelhäuschen steht, können die Trinker bei entsprechendem Drang dort ihre Notdurft verrichten.

Was hysterisches Rumschreien und Wildpinkeln angeht, haben wir es dabei jedoch mit (Un-)Kulturphänomenen zu tun, die nicht auf dem Platz erzeugt werden, sondern die von den PlatznutzerInnen mitgebracht werden. Gegen mangelnde Erziehung zur Rücksichtnahme vorzugehen, wenn Leute schon 18 Jahre ihres Lebens egomanisch zugebracht haben, ist schwierig. Mit meiner Tochter und ihren Freundinnen und Freunden reden wir auch über die Nutzung des Platzes. Und diese ihrerseits reden auch mit Leuten. Insgesamt scheint

mir die Situation um den Alma-Wartenberg-Platz bewältigbar.

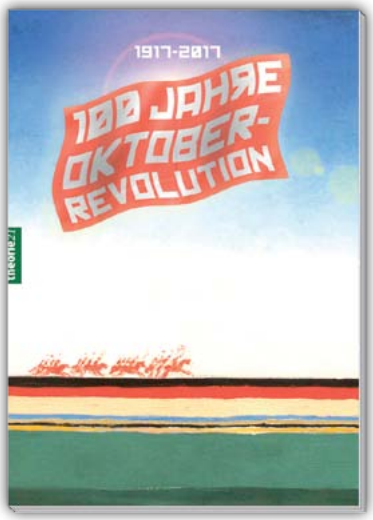
In der Schanze, insbesondere um die sogenannte Piazza, stellt sich das ganze bisher beschriebene Szenario noch komplizierter dar. Der Platz ist größer, mehr Kneipen, mehr Kioske und mehr und andere Menschen, die hier an lauen Tagen auflaufen. Auch hier bringen die BesucherInnen ihr Verhalten und ihre Erwartungshaltungen mit. Vor Jahren, um den 1. Mai-Abend herum, wurde das große Pogo-Spektakel nicht unwesentlich von den Stadtrandindianern befeuert, die dann am nächsten Arbeitstag im Büro oder in der Vorstadtschule hinter vorgehaltener Hand oder offen protzend von ihren Heldentaten erzählen konnten. Dies Grundmoment, dass die Touris ihr Verhalten auf den Platz mitbringen, gilt immer noch. Und weil der Standort Hamburg touristisch befeuert wird und tagtäglich die Stadtrundfahrtbusse mit ihren Geschichten durch die Schanze streifen, müssen Anwohner und Gewerbetreibende dauernd in einem Gesprächsprozess sein, um auftretende Konflikte anzusprechen und durch verändertes Verhalten zu lösen.

Beliebter Anlaufpunkt in Ottensen für viele AnwohnerInnen und Gäste. Foto: Punktional

Ein nicht unwesentlicher Faktor ist das nicht vorhandene Pinkelhaus, obwohl in der letzten Zeit immerhin Plastik-Toilettenhäuser aufgestellt wurden. Wer sich übrigens mal alte Hamburg-Fotos ansieht, der weiß, dass Pissoirs in der Stadt üblich waren. In neuerer Zeit haben dann die gleichen Buchhalter, die den Hamburg-Tourismus steigern wollen, befunden, dass öffentliche Toiletten zu teuer seien. Bei näherem Bedenken eine eindeutig hirnrissige und Konflikte befeuernde Position. Die runden Tische zum Thema „cornern“ haben gezeigt, dass insbesondere die gewerblichen Akteure und die zuständigen Verwaltungsstellen gefordert sind, die Rahmenbedingungen um die Plätze konfliktmindernd zu gestalten.

Wolfgang Ziegert
Mitglied der Linksfraktion
in der Bezirksversammlung Altona

Bücherkiste Links



Was gewesen ist und wieder sein kann.

100 Jahre Oktober-Revolution aus der Reihe theorie21 der Edition Aurora enthält Texte verschiedener vergleichsweise junger AutorInnen zu den ersten Jahren der Revolution.

Zwar wird das spätere stalinistische Schreckensregime nicht ausgespart, doch man spürt, stärker noch als die Trauer die Ermutigung, die Hoffnung, die von Russland ausgehend die Menschen Europas und der Welt erfasste. Und dies bis heute. Das belegen die Texte dieser Broschüre. Nach der Chronologie der Ereignisse folgen Beiträge zur Rolle der Frauen und zum Antisemitismus (Katrin Schierbach), zum Aufstieg und Sieg des Stalinismus (Jan Maas), zum Erbe Lenins unter Stalins Schatten (Sebastian Zehetmaier). Im Beitrag „Lenin, Gramsci… wir“ (Rhonda Koch und Kaper Auge) liest man zur Überraschung der „Emanzipatorischen Linken“, dass zwischen Lenin und Gramsci kein Blatt Papier passt. Ein anderer Autor untersucht die Gewerkschaftspolitik der Bolschewiki (Tilman von Berlepsch). Darin kommt Trotzki zu Worte. Er sagt zur Kritik an der Mitarbeit in Gewerkschaften ironisch: „Aber dann muss man durch seine Beiträge einen opportunistischen Apparat am Leben erhalten? Natürlich, um das Recht zu erwerben, die Reformisten zu bekämpfen, muss man ihnen zeitweise einen Beitrag zahlen.“ Anstrengend war der Text „Gab es eine parlamentarische Alternative?“ von Mike Haynes. Unglaublich faktenreich. Und wenn man die Antwort schon vorher zu wissen glaubt, mühevoll. Doch dank an den Autor, dass er den Leser da hindurch trägt. Denn nun weiß es nicht nur der Bauch, sondern der Kopf auch. Der Faktenreichtum gilt für alle Artikel. Ebenso die gute Lesbarkeit. Ich habe viel hinzu gelernt, vieles angestrichen, was für die politische Bildung nützlich ist. Sehr gern las ich den Artikel von Robert Blättermann, „Aus Farben wurden Keile: Kunst & Revolution“. Wie darin „Das Prinzip Hoffnung“ zu Worte kommt, kann es nur ein Künstler.

„Denken wir an eine Zeit, in der sich Scham, Lethargie in Stolz, Selbstbewusstsein und Enthusiasmus verwandeln. In der private Zärtlichkeit nicht länger als Ersatz für fehlende gesellschaftliche Zärtlichkeit herhalten muss, weil private und gesellschaftliche Bedürfnisse sich im gegenseitigen Echo durchdringen. In der Furcht und gehorsame Unterwürfigkeit vor den Autoritäten verschwinden, weil die gesellschaftlichen Bande durch Gleichheit und Freiwilligkeit geknüpft sind. In der sich Träume nicht in den intellektuellen Schutzkammern vor den aufoktroyierten Notwendigkeiten verstecken, sondern der Beginn der eigenen selbstschaffenden Handlungsfähigkeit sind.“

1917-2017
100 Jahre Oktober-Revolution
theorie 21, Nr.1/2017 Edition aurora, 6,50 €

Vorgestellt von Heinz-Dieter Lechte

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung
Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung
Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona
Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend – Fachforum der Linken
Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Kommunistische Plattform Clara Zetkin
Jeden vierten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona
Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
mail@uliludwig.de

AG Frauen der LINKEN Altona
jeden 2. Donnerstag im Monat 18.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt
Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
jeden ersten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im El Brujito, Amundsenstr. 25, 22767 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Nord
Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im AWO Seniorentreff, Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld
Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte
Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Flottbek
Hasan Burgucuoglu, Telefon 0176-49380450 oder
Nico Scharfe, Telefon 0176-49151942
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf
Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstland 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Impressum:

V.i.S.d.P Beate Reiß, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die AutorInnen verantwortlich
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang
Gedruckt auf Recyclingpapier Weiß (Blauer Engel, FSC)

Die Redaktion zu dieser Ausgabe
Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte,
Volker Vödisch
Layout: Birger Gente
Korrekturgelesen durch: Werner Haertel

Titelbild: Altona im Nebel - Museumstraße, Blickrichtung Altona Bahnhof. Foto: Birger Gente

Szenen wie aus Star Wars beim G20 Gipfel, eskalierende Polizeistrategie und auch viel polizeiliche Gewalt. Aber der Senat lehnte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss – wie von DIE LINKE gefordert – ab. Stattdessen soll ein Sonderausschuss die Vorgänge um die Krawalle beim Gipfel beleuchten. Foto: Birger Gente